

Ligante

BAG RelEx]



Rechtsruck und islamistische Radikalisierung

Islamistische Radikalisierung
in Zeiten des erstarkenden
Rechtspopulismus

Stimmen aus der Praxis –
Interview mit Dunya Elemenler &
Kaan Orhon

Präventionsarbeit
im Kontext polarisierter
Debatten

Rechtsruck und islamistische Radikalisierung

Wechselwirkungen, Herausforderungen und Prävention

Disclaimer: Die in der Schriftenreihe Ligante veröffentlichten Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der BAG ReEx wider. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.



10 Einleitung

12 Islamistische Radikalisierung in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus

13 Gesellschaftlicher Rechtsruck und islamistische Radikalisierung

Schlaglichter auf ihre Wechselwirkungen und die Gefahr der Co-Radikalisierung
Cemal Öztürk & Susanne Pickel

20 Über (islamistische) Anschläge berichten

Mediale Berichterstattung und ihre potenzielle Wirkung
Charlotte Leikert

26 Prävention in polarisierten Zeiten

Ursachenbekämpfung statt verkürzter Debatten
Ulrike Hoole & Frederik Braune

32 Stimmen aus der Praxis

33 Interview mit Dunya Elemenler & Kaan Orhon

40 Präventionsarbeit im Kontext polarisierter Debatten

41 Psychische Belastungen, islamistische Radikalisierung und Flucht

Distanzierungsarbeit zwischen Stigmatisierung und Differenzierung
Dr. Vera Dittmar, Alexander Gesing, Anja Herrmann, Dr. Anja Joest

48 Reziproke Radikalisierung?

Zur strategischen Instrumentalisierung antimuslimischer Diskurse durch Akteure aus dem Umfeld der Hizb ut-Tahrir
Dr. Samet Er

54 Von Fake News zu Hass

Wie Verschwörungserzählungen anti-muslimische, antisemitische und rechts-populistische Narrative verstärken
Dr. Sarah Pohl

60 Über uns

61 Über die BAG RelEx

62 Über KN:IX connect

64 Impressum













Die Veranstaltungen
der BAG RelEx finden
Sie auch online



BAG RelEx]



Liebe Leser*innen,

Rechtspopulismus und demokratiefeindliche Diskurse gewinnen europaweit an Einfluss. Debatten über Flucht, Migration und den (vermeintlichen) Zusammenhang mit islamistischer Radikalisierung polarisieren zunehmend. Seit dem 7. Oktober 2023 haben verstärkte islamistische Propaganda und Anschlagaktivitäten nicht nur die reale Sicherheitslage verschärft, sondern auch die wahrgenommene Bedrohung durch extremistische Kräfte erhöht. Diese Entwicklungen fördern sowohl antisemitische als auch antimuslimische Ressentiments, die selbst in der sogenannten Mitte der Gesellschaft an Akzeptanz gewinnen – ein Klima, das rechtspopulistische Akteur*innen nutzen, um ihre Unterstützerbasis auszubauen. Islamistische Akteur*innen wiederum greifen zunehmende antimuslimische Rhetorik und daraus resultierende Ausgrenzungserfahrungen auf, integrieren sie in ihre Ideologie und instrumentalisieren sie zur Mobilisierung von Anhänger*innen.

Deshalb beleuchtet die *Ligante* #8 die Wechselwirkungen zwischen Rechtsruck und islamistischer Radikalisierung – und zeigt die daraus entstehenden Herausforderungen ebenso wie Ansätze für eine wirksame Islamismusprävention und Demokratieförderung auf.

Kapitel I skizziert zentrale Aspekte des Themenfelds. In Artikel 1 stellen Prof. Dr. Susanne Pickel & Dr. Cemal Öztürk (Universität Duisburg-Essen) einige Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichem Rechtsruck und islamistischer Radikalisierung dar. Der Beitrag zeigt, wie beide Seiten gegenseitige Feindbilder nutzen, um ihre Ideologien zu stärken, Anhänger*innen zu gewinnen und Gewalt zu legitimieren, und dass die daraus entstehende Co-Radikalisierung eine wachsende Bedrohung für gesellschaftlichen Zusammenhalt

und Demokratie darstellt. In Artikel 2 geht Charlotte Leikert (BAG RelEx) auf die Frage ein, wie Medien im Kontext von islamistischen Anschlägen zur Meinungsbildung beitragen. Im Fokus steht dabei neben den Effekten der Medienwirkung, wie (vermeintlich) islamistische Anschläge medial inszeniert und verhandelt werden. Der Beitrag betrachtet kritisch, welches Bild die Berichterstattung erzeugt. In Artikel 3 nehmen Ulrike Hoole & Frederik Braune (BAG RelEx) den Einfluss der zuvor skizzierten Aspekte aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Präventionsarbeit in den Blick. Sie plädieren für eine Stärkung der Islamismusprävention und Demokratieförderung im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes, statt migrationspolitische Debatten in den Vordergrund zu stellen – nur so können die tatsächlichen Ursachen islamistischer Radikalisierung wie Diskriminierungserfahrungen oder das Fehlen von Teilhabechancen wirksam adressiert werden.

Zwischen Kapitel I und II gibt ein Interview Einblicke in die Praxis. Dunya Elemenler (Sozialdienst muslimischer Frauen) und Kaan Orhon (Grüner Vogel/RAMSA e. V.) schildern, wie der gegenwärtige gesellschaftliche Rechtsruck Fachkräfte und ihre Zielgruppen zugleich trifft – mit spürbaren Folgen im Arbeitsalltag der Präventionsarbeit. Ihre persönlichen Erfahrungsberichte und konkreten Praxisbeispiele machen die aktuellen Herausforderungen für die Leser*innen greifbar.

In Kapitel II stehen die Auswirkungen der Wechselwirkungen zwischen zunehmend rechtspopulistischen Diskursen und islamistischer Radikalisierung auf die praktische Präventionsarbeit im Vordergrund. Dabei nimmt dieser Teil der *Ligante* unterschiedliche Präventionsbereiche in den Blick.



In Artikel 4 erläutern Dr. Vera Dittmar, Alexander Gesing, Anja Herrmann und Dr. Anja Joest (IFAK e. V.), wie psychische Belastungen und Fluchterfahrungen islamistische Radikalisierung begünstigen können – ohne sie zu Ursachen zu erklären. Der Beitrag plädiert für eine Präventionsarbeit, die psychosoziale Unterstützung mit ideologiekritischer Reflexion verbindet. Prävention darf nicht allein sicherheitspolitisch gedacht werden – sie muss Teil eines gesamtgesellschaftlichen Auftrags zu Teilhabe und Inklusion sein. Artikel 5 von Dr. Samet Er (Violence Prevention Network) richtet den Fokus auf den digitalen Raum. Er zeigt auf, wie Akteure mit Nähe zur Hizb ut-Tahrir rechtspopulistische und antimuslimische Diskurse aufgreifen, die Ausgrenzungserfahrungen muslimisch gelebter Menschen in Deutschland für ihre Zwecke nutzen – und welche Folgen diese Instrumentalisierung für die Islamismusprävention hat.

Artikel 6 von Dr. Sarah Pohl (ZEBRA BW) geht der Frage nach, inwieweit antimuslimische, antisemitische und rechtspopulistische Ideologien durch Verbreitung von Fake News und Verschwörungserzählungen verstärkt werden, welche Auswirkungen das auf die Präventionsarbeit hat und mit welchen Ansätzen man Jugendliche dennoch erreichen kann.

Mit diesen unterschiedlichen Perspektiven nähert sich die *Ligante#8* dem komplexen Wechselspiel zwischen rechtspopulistischen Diskursen, antimuslimischem Rassismus und islamistischer Radikalisierung in Deutschland.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.
Redaktionsteam & Geschäftsführung der BAG RelEx

November 2025

Islamistische Radikalisierung in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus

13 Gesellschaftlicher Rechtsruck und islamistische
Radikalisierung: Schlaglichter auf ihre Wechselwirkungen
und die Gefahr der Co-Radikalisierung

20 Über (islamistische) Anschläge berichten:
Mediale Berichterstattung und ihre potenzielle Wirkung

26 Prävention in polarisierten Zeiten:
Ursachenbekämpfung statt verkürzter Debatten



Gesellschaftlicher Rechtsruck und islamistische Radikalisierung

Schlaglichter auf ihre Wechselwirkungen und die Gefahr der Co-Radikalisierung

Cemal Öztürk & Susanne Pickel

Ob PEGIDA, die Identitäre Bewegung oder die Alternative für Deutschland (AfD) – es sind islam- und muslimfeindliche Narrative, die im Mittelpunkt der Mobilisierungserfolge der radikalen Rechten stehen. Sie sind die größten Nutznießer des islamistischen Terrorismus, da dieser ihren Angstdiskursen in die Hände spielt. Jeder Anschlag wird ausgeschlachtet, um „den Muslimen“ eine kollektive Verantwortung für diese Taten zuzuschreiben. So werden bewusst diffuse Bedrohungswahrnehmungen in der Bevölkerung getriggert, die es der radikalen Rechten ermöglichen, sich als Verteidiger „der Nation“ oder gleich des „Abendlandes“ zu inszenieren (Öztürk & Pickel, 2021).

Radikal-islamistische Gruppen nehmen die Stigmatisierung muslimischer Communitys bewusst in Kauf. Wie interne Strategiepapiere des Islamischen Staates (IS) belegen, zielt die Blutspur ihres Terrors in europäischen Metropolen darauf ab, Misstrauen und Zwi-tracht gegenüber Muslim*innen zu säen und damit die radikale Rechte zu stärken, da so ihr Rekrutierungsnarrativ eines „islamfeindlichen Europas“ besser ver-fangen kann (Turner, 2020).

Beide Gruppen sind wie in einer „Hassliebe“ (Fielitz et al., 2018) aufeinander angewiesen. Sie können nicht miteinander: Die Antagonisten zeichnen ihre Gegner als „Gefahr für die Nation“ oder als „ungläubige Islamfeinde“. Sie können aber auch nicht ohneeinander: Ihre Narrative befeuern sich gegenseitig und erleich-tern es beiden Seiten, ihre Ideologien zu verbreiten und neue Sympathisanten*innen zu gewinnen.

Das Ergebnis ist eine „Radikalisierungsspirale“, ein Kreislauf wechselseitiger Bedrohungswahrnehmungen und polarisierter Identitäts- und Feindbildkonstruktionen, die in eine Gegnerschaft zur Demokratie münden können. Für die extremistischen Flügel der beiden Lager erscheinen dann auch Gesetzesbrüche und Gewalt als legitime Handlungen (Öztürk & Pickel, 2024). Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, einige ausgewählte Aspekte dieser Co-Radikalisierungsdynamiken und ihrer wechselseitigen Bezüge näher zu beleuchten.

Wie die Alternative für Deutschland islam- und muslimfeindliche Positionierungen nutzt, um die Mitte der Gesellschaft zu erreichen und Wähler*innenstimmen zu maximieren

Der gesellschaftliche Bedeutungsgewinn der radikalen Rechten manifestiert sich besonders deutlich im Aufstieg der AfD. Es lässt sich kaum bestreiten, dass sie sich seit ihrer Gründung zunehmend radikalisiert hat. Ursprünglich trat sie als nationalkonservative Partei mit euroskeptischen Positionen an.

Spätestens seit 2015 wird sie als „populistische Rechtsaußenpartei“ eingestuft (Arzheimer & Berning, 2019), und seit einem Jahr bewertet der Verfassungsschutz die gesamte Partei sogar als „rechtsextremen Verdachtsfall“ (Kumpfmüller & Grasnick, 2025). Dem Mobilisierungserfolg der AfD hat das offensichtlich nicht geschadet: Im Jahr 2017 zog sie erstmals in den Bundestag ein und verdoppelte ihren Stimman-teil bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 auf 20,8 %. Sie ist nach den Unionsparteien die zweit-

„Diese Einstellungsmuster sind so verbreitet, dass sie nicht als Eigenschaft rechtsextremer Milieus abgetan werden können. Die Islam- und Muslimfeindlichkeit ist für die AfD viel eher ein Türöffner zur Mitte der Gesellschaft“

stärkste Kraft im deutschen Parteiensystem und derzeit die größte Oppositionspartei.

Ein kurzer Blick ins Grundsatzprogramm der AfD genügt, um zu erkennen, dass die Partei keinen Hehl aus ihrer Haltung gegenüber dem Islam und Muslim*innen macht. Dort heißt es: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“ (Alternative für Deutschland, 2023)

Die Partei verbreitet antimuslimischen Rassismus (Shooman, 2014) und konstruiert eine polarisierende Dichotomie zwischen „unserer Gesellschaft“ und „dem Islam“. Vor allem schürt sie Angst: „Die Muslime“ werden als sicherheitspolitische Gefahr und Bedrohung für die nationale Identität der „deutschen Mehrheitsgesellschaft“ dargestellt. Die AfD versteht es zudem geschickt, ihre islam- und muslimfeindliche Rhetorik auf unterschiedliche Zielgruppen abzustimmen. Ihren rechtsextremen Anhänger*innen bietet sie aggressive Hetze, wie beispielsweise Alice Weidel, die in einer Haushaltsdebatte muslimische Geflüchtete abwertend als „Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse“ bezeichnete (Spieß, 2022). Gegenüber ihrer konservativ-bürgerlichen Klientel formuliert die Partei ihre Position gemäßigter und stilisiert sich als Verteidiger der liberalen Demokratie, die es gegen einen vermeintlich „demokratieinkompatiblen Islam“ sowie angeblich frauenfeindliche, homophobe oder antisemitische Muslim*innen zu schützen gelte (Biskamp, 2018).

Die AfD beweist vor allem ein feines Gespür für das ressentimentgeladene gesellschaftliche Klima. Wie man es dreht und wendet: Der Islam genießt – wie man beispielsweise der Leipziger Autoritarismus-

Studie (Decker et al., 2022) entnehmen kann – in Deutschland keinen guten Ruf. Über 70 % der Bürger*innen empfinden „den Islam“ als rückständige Religion und sind überzeugt, dass er in all seinen Facetten frauenfeindlich ist. Auch die Strategie, „die Muslime“ als gefährliche Gruppe mit einer Islamisierungsagenda darzustellen, wirkt. Über 40 % der Bevölkerung glauben, dass Muslim*innen westliche Gesellschaften islamisieren wollen, auf die Einführung der Scharia hinarbeiten und eine Sympathie für den islamistischen Terror hegen. Von diesen Zuschreibungen zur offenen Muslimfeindlichkeit ist es nur ein kleiner Schritt: 40 % geben offen zu, dass sie sich aufgrund der vielen Muslim*innen wie Fremde im eigenen Land fühlen – was deutlich macht, dass sie die Kategorien „deutsch“ und „muslimisch“ als Gegensatzpaar betrachten (siehe Abbildung 1).

Diese Einstellungsmuster sind so verbreitet, dass sie nicht als Eigenschaft rechtsextremer Milieus abgetan werden können. Die Islam- und Muslimfeindlichkeit ist für die AfD viel eher ein Türöffner zur Mitte der Gesellschaft – und ihr Kalkül geht auf: Sie ist in der letzten Dekade zur politischen Heimat von Menschen geworden, die verfestigte Vorurteile gegen Muslim*innen und ihre Religion hegen (Öztürk & Pickel, 2021).

Fluchtmigration und islamistische Gewalt als Katalysatoren der Mobilisierungserfolge der AfD

Allerdings erfreute sich die AfD nicht immer einer solchen Zustimmung wie heute. Anfang 2015 lag die Partei in Meinungsumfragen bei gerade einmal 3 %. Erst mit dem sogenannten Sommer der Migration änderte sich dies deutlich. Auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegungen nach Deutschland im Jahr 2015 gelang es der Partei erstmals, einen zweistelligen Umfragewert von 10,5 % zu erzielen. Diese Entwicklung

veranlasste Alexander Gauland, den damaligen stellvertretenden Vorsitzenden der AfD, zu der Aussage: „Man kann diese Krise ein Geschenk für uns nennen.“ (Der Spiegel, 2015)

In der Tat erscheint es zutreffend, die Fluchtmigration von 2015 als wichtigen Katalysator für die Mobilisierungserfolge der AfD zu bezeichnen. Sie nutzte fortan jede sich bietende Möglichkeit, um die verschwörungsideologische Erzählung des „großen Austausches“ zu verbreiten.

Mit populistisch-nativistischem Furor brandmarkte die AfD regierende Politiker*innen als „Verräter“, weil diese angeblich eine „muslimische Invasion“ duldeten oder gar heimlich „gegen das eigene Volk“ orchestrierten. Erschwerend kam hinzu, dass eine Serie islamistischer Terroranschläge in europäischen

Metropolen die bestehenden Sicherheitsängste reaktivierte, die seit dem 11. September 2001 latent in westlichen Gesellschaften schlummerten (Öztürk & Pickel, 2021).

Wie effektiv die AfD darin ist, solche Ereignisse politisch zu instrumentalisieren, zeigte sich zuletzt im Vorfeld der Bundestagswahl. Da es in Mannheim (Mai 2024), Solingen (August 2024) und München (Februar 2025) zu tödlichen Messerangriffen oder Amokfahrten kam – bei denen die Täter ein islamistisches Motiv äußerten –, gelang es der AfD, die Migrationsdebatte als ein wahlentscheidendes Thema zu positionieren. Die Partei instrumentalisierte diese schrecklichen Vorfälle – obwohl unter den Opfern und Verletzten auch Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete waren – für eine Generalabrechnung mit der Migrationspolitik der Bundesregierung. Ihre

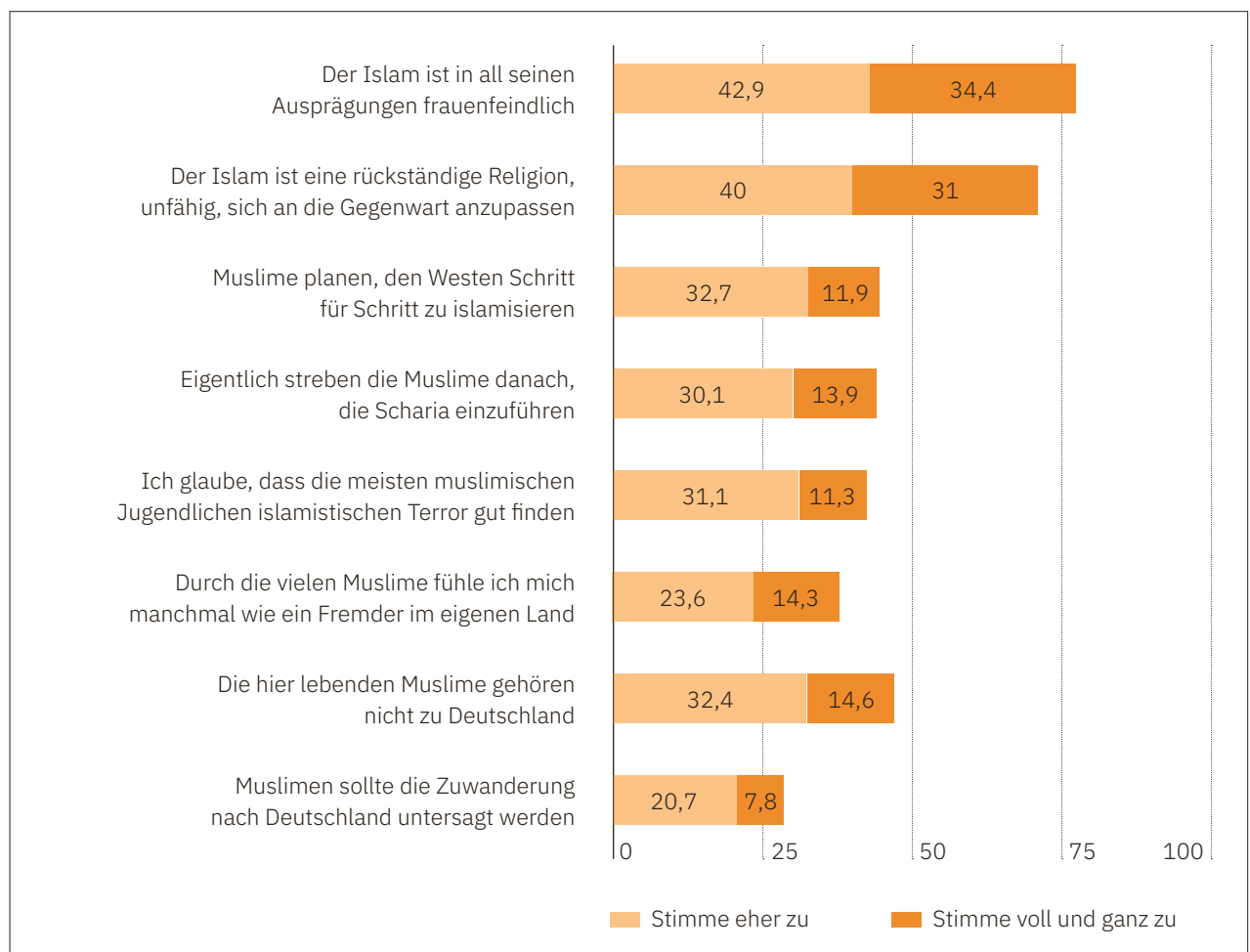


Abbildung 1: Verbreitung islam- und muslimfeindlicher Einstellungsmuster in Deutschland (Quelle: eigene Darstellung, Daten aus: Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker et al., 2022))

zentrale Botschaft im Wahlkampf: Mehr Sicherheit in diesem Land kann und wird es nur mit der AfD geben (Ziller, 2025).

Aus Furcht vor weiteren Stimmenverlusten verschärften auch die etablierten Parteien – allen voran SPD und CDU/CSU – ihre migrationspolitischen Positionen im Wahlkampf. Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte öffentlichkeitswirksam „Abschiebungen im großen Stil“ an (Ziller, 2025). Noch weiter ging die CDU/CSU-Fraktion: Kurz vor der Wahl verabschiedete sie – unterstützt durch AfD und FDP – einen Entschließungsantrag, der unter anderem vorsieht, Asylbewerber*innen bereits an der deutschen Grenze zurückzuweisen (Deutschlandfunk, 2025). Damit hofften die Unionsparteien, jene Wähler*innen zurückzugewinnen, die zuvor zur AfD abgewandert waren. Der Erfolg blieb allerdings begrenzt, da viele Wähler*innen offenbar weiterhin das „Original“ bevorzugen. De facto haben die etablierten Parteien zu einer Normalisierung der migrationspolitischen Forderungen der AfD beigetragen, von denen diese – wie das Wahlergebnis deutlich macht – stärker profitierte als ihre Nachahmer*innen aus der politischen Mitte (Krause et al., 2023). Eine unrühmliche Rolle spielen in dieser Gemengelage auch die Medien: Rechtsextreme Anschläge werden oft als Taten „isolierter Einzeltäter“ dargestellt – islamistische Attentate hingegen pauschal mit den „Muslimen“ und der „Migration“ in Verbindung gebracht (Völker, 2023).

Wechselwirkungen zwischen islam- und muslimfeindlichen Narrativen und islamistischen Radikalisierungsdynamiken – und die Rolle der sozialen Medien

Die aggressive Rhetorik der AfD und die verbreiteten Vorurteile prägen unmittelbar den Alltag von Muslim*innen, die vielfach Diskriminierung und gesellschaftliche Stigmatisierung erleben.

In der Radikalisierungsforschung ist es ein etablierter Befund, dass solche Diskriminierungserfahrungen insbesondere in europäischen Einwanderungsgesellschaften den Rekrutierungsbemühungen islamistischer Gruppen zugutekommen (Schuhmacher, 2020).

Die Parallelen zu den Diskursstrategien der radikalen Rechten sind unübersehbar: Die Feindseligkeit der anderen Seite hilft dabei, eigene dichotome Identitätskonstruktionen zu etablieren – hier die angeblich

verfolgte „muslimische Gemeinschaft“, dort die „Ungläubigen“. Und tatsächlich stellt sich die Frage, ob ihre Viktimisierungsdiskurse ohne die Anfeindungen, denen Muslim*innen ausgesetzt sind, nicht im Sande verlaufen würden (Öztürk & Pickel, 2024).

Unbestreitbar ist jedenfalls, dass antimuslimische Vorurteile reale Folgen haben und im Alltag zu ungleicher Behandlung führen. Laut einer aktuellen Studie berichteten 57 % der in Deutschland lebenden Muslim*innen, im vergangenen Jahr diskriminiert worden zu sein – sei es aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder Hautfarbe (European Agency for Fundamental Rights, 2024). Und es droht noch eine weitere Gefahr: Die zunehmende verbale Gewalt könnte radikalere Kräfte motivieren, tatsächlich zur Tat zu schreiten. Der rassistisch motivierte Anschlag von Hanau, bei dem neun Menschen ermordet wurden, steht exemplarisch für dieses Eskalationspotenzial. Solche Taten stellen jedoch nur die Spitze des Eisbergs dar. Islamfeindliche Übergriffe gehören in Deutschland längst zur gesellschaftlichen Realität (Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt, 2024).

Trotz dieser Dynamik besteht jedoch kein Automatismus, der von Diskriminierungserfahrungen zur Radikalisierung führt. Menschen können – im Angesicht von Anfeindungen, Abwertungen und Diskriminierungen – unterschiedliche Strategien nutzen, um ein positives Selbstbild aufrechtzuerhalten. Diese reichen von dem Versuch, sich durch sozialen Aufstieg von negativen Markierungen zu lösen, über kreative Umdeutungen, die Einführung vorteilhafter Vergleichsdimensionen bis hin zu einer performativen Distanzierung vom Islam und den Muslim*innen. Auch der Rückzug in die eigene Religionsgemeinschaft ist eine Option (Foroutan, 2020). Letztere kann das Selbstwertgefühl ihrer Mitglieder stärken, einen identitätsstiftenden Rahmen bieten und dabei helfen, das Gefühl kollektiver Abwertung gegen Respekt und Anerkennung einzutauschen (Kruglanski et al., 2019).

Allerdings birgt das auch ein Risiko: Treffen Muslim*innen in solchen Gemeinschaften auf fundamentalistische Auslegungen des Islam, kann dies zum Ausgangspunkt für eine rigide Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdgruppen werden. Religionsfundamentalistische Gemeinschaften unterdrücken Dissens, tendieren zur Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und zeichnen sich durch Exklusivitäts- und Überlegenheitsansprüche aus. Daraus erwächst eine strukturelle Gewaltaffinität.

„Ohne die wiederholte islamistische Gewalt und die zahlreichen Terroranschläge der letzten Dekaden würden die rechten Bedrohungsdiskurse gegenüber ‚den Muslimen‘ nicht so viele Bürger*innen überzeugen. Umgekehrt gilt: Wenn Muslim*innen in ihrem Alltag nicht mit rassistischen Fremdzuschreibungen, Diskriminierung und Gewalt konfrontiert würden, könnten die Viktimisierungsdiskurse islamistischer Akteure nicht so leicht greifen.“

Von der Dehumanisierung der „religiösen Anderen“ – und allen voran vom Antisemitismus – ist es manchmal nämlich nur ein kleiner Schritt zu Radikalisierungsprozessen, die sich in einer Abwendung von der Demokratie und der Akzeptanz von Gesetzesbrüchen und Gewalt manifestieren (Öztürk & Pickel, 2024).

Die beschriebenen (Co-)Radikalisierungsprozesse erfahren durch soziale Medien eine zusätzliche Dynamik. Sowohl die radikale Rechte als auch islamistische Akteur*innen nutzen Instagram, YouTube, X, und TikTok gezielt und professionell, um mediale Ereignisse zu kommentieren, eigene Narrative zu verbreiten, Kampagnen zu organisieren und Sympathisant*innen zu rekrutieren (Birsl et al., 2022). Diese Plattformen erweisen sich als regelrechte „Radikalisierungsmaschinen“ (Ebner, 2019). Sie sind ein Medium, mit dem Islamist*innen gezielt junge Muslim*innen ansprechen – insbesondere diejenigen, die sich aufgrund adoleszenztypischer Krisen intensiv mit ihrer religiösen Identität auseinandersetzen und sich gesellschaftlich marginalisiert fühlen (Stein et al., 2024).

Der Radikalisierungsspirale entgegenzutreten – aber wie?

Rechte und islamistische Radikalisierungsprozesse entfachen sich wechselseitig verstärkende Dynamiken. Ohne die wiederholte islamistische Gewalt und die zahlreichen Terroranschläge der letzten Dekaden

würden die rechten Bedrohungsdiskurse gegenüber „den Muslimen“ nicht so viele Bürger*innen überzeugen. Umgekehrt gilt: Wenn Muslim*innen in ihrem Alltag nicht mit rassistischen Fremdzuschreibungen, Diskriminierung und Gewalt konfrontiert würden, könnten die Viktimisierungsdiskurse islamistischer Akteur*innen nicht so leicht greifen.

Die beschriebene Co-Radikalisierung verläuft in der Regel durch mittelbare und abstrakte wechselseitige Bezugnahmen. Ein direktes Aufeinandertreffen – wie bei den vergangenen Straßenschlachten zwischen gewaltbereiten Salafisten und Hooligans – würde ein kaum kontrollierbares Sicherheitsrisiko mit sich bringen. Aktionen der einen Seite würden Reaktionen der anderen Seite provozieren und einen Teufelskreis der Gewalt in Gang setzen (Öztürk & Pickel, 2024). Bereits heute ist diese Radikalisierungsspirale weit vorangeschritten, und ihr muss entgegengetreten werden, wenn einem etwas an der friedlichen Koexistenz in einer pluralistischen Demokratie liegt. Damit das gelingen kann, stehen die deutsche Gesellschaft und ihre muslimischen Communitys aus unserer Perspektive vor einer Doppelaufgabe: Sie müssen dem anti-muslimischen Rassismus den Kampf ansagen – ohne in die Falle einer Apologetik oder Bagatellisierung des Islamismus zu tappen. ■

Susanne Pickel: Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. 2020–2024 leitete sie das vom BMBF geförderte Projekt RIRA („Radikaler Islam vs. Radikaler Anti-Islam“). Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören neben Radikalisierungsprozessen insbesondere die empirische Demokratie- und politische Kulturforschung.

Dr. Cemal Öztürk: wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. 2020–2024 war er als Assistent von Prof. Susanne Pickel im Projekt RIRA tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen bei den sozialpsychologischen Ursachen muslimfeindlicher Einstellungen sowie antisemitischer Ressentiments und deren Konsequenzen für gesellschaftliche Radikalisierungsprozesse.

Literatur

Alternative für Deutschland (2023). Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. AfD. Abgerufen von: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_pdf [19.06.2025].

Arzheimer, Kai & Berning, Carl C. (2019). How the Alternative for Germany (AfD) and their Voters Veered to the Radical Right, 2013–2017. *Electoral Studies*, 60, 102040.

Birsl, Ursula; Junk, Julian; Kahl, Martin & Pelzer, Robert (Hrsg.) (2022). Inszenieren und Mobilisieren: Rechte und islamistische Akteure digital und analog. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Biskamp, Floris (2018). Populism, Religion, and Distorted Communication. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 2(2), 247–276.

Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt (2024). Bundesweite Fallzahlen 2023: Politisch motivierte Kriminalität. Berlin: BMI. Abgerufen von: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [19.06.2025].

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline & Brähler, Elmar (Hrsg.) (2022). Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Gießen: Psychosozial-Verlag.

Der Spiegel (2015). Umfragehoch: AfD-Vize Gauland sieht Flüchtlingskrise als Geschenk. *Der Spiegel*. Abgerufen von: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-sieht-fluechtlingskrise-als-geschenk-a-1067356.html> [19.06.2025].

Deutschlandfunk 2025. Ende der „Brandmauer“? Umstrittener Schulterschluss zwischen Union und AfD. Deutschlandfunk. Abgerufen von: <https://www.deutschlandfunk.de/merz-cdu-grenzschiessungen-afd-100.html> [19.06.2025].

Ebner, Julia (2019). Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren. Berlin: Suhrkamp.

European Agency for Fundamental Rights (2024). Being Muslim in the EU – Experiences of Muslims. Wien: FRA. Abgerufen von: https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2024-being-muslim-in-the-eu_en.pdf [19.06.2025].

Fielitz, Maik; Ebner, Julia; Guhl, Jakob & Quent, Matthias (2018). Hassliebe: Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Abgerufen von: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Islamismus_Rechtsextremismus.pdf [19.06.2025].

Foroutan, Naika (2020). Muslimische Identitäten. Soziale Konstruktionen und Performanz vor dem Hintergrund antimuslimischer Einstellungen in Deutschland. In: Stefan E. Hößl, Lobna Jamal & Frank Schellenberg (Hrsg.), Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus (S. 21–53). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Krause, Werner; Cohen, Denis & Abou-Chadi, Tarik (2023). Does Accommodation Work? Mainstream Party Strategies and the Success of Radical Right Parties. Political Science Research and Methods, 11(1), 172–179.

Kruglanski, Arie W.; Bélanger, Jocelyn J. & Gunaratna, Rohan (2019). The Three Pillars of Radicalization: Needs, Narratives, and Networks. New York: Oxford University Press.

Kumpfmüller, Konstantin & Grasnich, Belinda (2025). Warum die AfD „gesichert rechtsextremistisch“ ist. Tagesschau. Abgerufen von: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-verfassungsschutz-rechtsextremismus-100.html> [19.06.2025].

Öztürk, Cemal & Pickel, Gert (2021). Eine Stimme gegen die Invasion der Muslim*innen? Zur Bedeutung muslim*innenfeindlicher Einstellungen für die Mobilisierungserfolge und den machtpolitischen Aufstieg rechts-populistischer Parteien in Europa. In: Wolfgang Muno & Christian Pfeiffer (Hrsg.), Populismus an der Macht. Strategien und Folgen populistischen Regierungshandelns (S. 61–100). Wiesbaden: Springer VS.

Öztürk, Cemal & Pickel, Susanne (2024). Die Gefahr der Co-Radikalisierung: Wie sich Muslimfeindlichkeit und Islamismus in Deutschland wechselseitig verstärken. Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 8(2), 197–239.

Schuhmacher, Nils (2020). „Islamismus“ und „Radikalisierung“ – Was wir wissen (könnten). In: Stefan E. Hößl, Lobna Jamal & Frank Schellenberg (Hrsg.), Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus (S. 119–141). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Shooman, Yasemin (2014). „... weil ihre Kultur so ist“. Narrative des anti-muslimischen Rassismus. Bielefeld: transcript.

Spieß, Constanze (2022). „Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse“. Sprachliche Gewalt in öffentlich-politischen Diskussionen. Der Deutschunterricht, 2, 20–30.

Stein, Margit; Bösing, Eike; Kart, Mehmet & Lautz, Yannick von (2024). Die Rolle digitaler Medien in der Hinwendung zu islamistischer Radikalisierung. Eine qualitative Interviewstudie. MedienPädagogik. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung, 59, 123–140.

Turner, John (2020). Manufacturing the Jihad in Europe: The Islamic State's Strategy. The International Spectator, 55(1), 112–125.

Völker, Teresa (2023). How Terrorist Attacks Distort Public Debates: A Comparative Study of Right-Wing and Islamist Extremism. Journal of European Public Policy, 31(11), 3487–3514.

Ziller, Conrad (2025). Aktivierte Vorbehalte: Wie Migration zum Schlüsselthema der Bundestagswahl 2025 wurde. Über Politik aus der Wissenschaft. Abgerufen von: <https://www.politik-wissenschaft.org/2025/04/14/aktivierte-vorbehalte-wie-migration-zum-schlueselthema-der-bundestagswahl-2025-wurde/> [19.06.2025].

Über (islamistische) Anschläge berichten

Mediale Berichterstattung und ihre potenzielle Wirkung

Charlotte Leikert

Medien kommt eine zentrale Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung zu. Sie dienen dabei jedoch nicht nur als Informationsvermittler, sondern auch als aktive Akteur*innen in der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeiten. Dies ist gerade in Zeiten gesellschaftlicher und politischer Umbrüche zentral, da Unsicherheiten in der Bevölkerung größer sind und politische Handlungen oft als dringend erachtet werden (Kohlsche et al., 2014; Matthes et al., 2019).

Die mediale Berichterstattung über Anschläge stellt dabei einen besonders sensiblen Bereich dar: Einerseits erfüllen Medien den legitimen Anspruch der Öffentlichkeit auf Information über sicherheitsrelevante Ereignisse, andererseits prägen sie durch Auswahl, Darstellung und Einordnung solcher Vorfälle maßgeblich die gesellschaftliche Wahrnehmung von Bedrohung, Ursachen und Konsequenzen. Gerade in Bezug auf (vermeintlich) islamistische Anschläge prägen sie auch die Wahrnehmung von Zugehörigkeit und Fremdheit.

Dieser Artikel beleuchtet zunächst ausgewählte Effekte der Medienwirkung, um die potenzielle Wirkung medialer Berichterstattung auf die Meinungsbildung verständlich zu machen. Zudem wird herausgearbeitet, wie islamistische Anschläge in der medialen Berichterstattung behandelt werden und ob sich die Berichterstattung von nicht islamistischen Anschlägen unterscheidet.

Wie wirken Medien? Ein kurzer Überblick über ausgewählte Effekte

Vieles, was wir erfahren, erfahren wir durch Medien. Zwar gewinnen soziale Medien, vor allem bei Jüngeren, als Nachrichtenquelle an Bedeutung. Dennoch ist das Vertrauen in klassische Massenmedien, wie etwa Fernsehen, Radio oder Zeitung, immer noch stark ausgeprägt, und diese werden nach wie vor intensiv genutzt, um sich (gezielt) über Nachrichten zu informieren (Info-Monitor, 2025).

Medien sind allerdings keine neutralen Vermittler von Fakten. Mit ihrer Berichterstattung prägen sie unsere Wahrnehmung der Realität und haben Einfluss darauf, wie wir die Welt wahrnehmen. Gleichzeitig übernehmen Konsument*innen die Inhalte nicht eins zu eins, und die Wirkung kann von Person zu Person variieren (Burkart, 2003).

Wie der Name vermuten lässt, setzt sich die Medienwirkungsforschung als Teil der Medien- und Kommunikationswissenschaft damit auseinander, wie Medien auf die Gesellschaft und Konsument*innen wirken. Um die Auswirkungen medialer Diskurse besser zu verstehen, möchte ich an dieser Stelle drei Theorien bzw. Effekte erläutern: Agenda Setting, Framing und Priming.

Der Kerngedanke des **Agenda Setting** beschreibt, „dass die Massenmedien nicht so sehr beeinflussen, *was* wir denken, sondern *worüber* wir nachdenken“ (Burkart, 2003, S. 7). Ihren Ursprung hat die Theo-

rie in den 1970er-Jahren, als Maxwell McCombs und Donald Shaw untersuchten, welche Themen im Präsidentschaftswahlkampf in den USA als besonders relevant galten. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die Themen, die in den Medien behandelt werden, auch als besonders relevant angesehen wurden (McCombs & Shaw, 1972). Im Zuge des Anschlags vom 11. September 2001 und der erhöhten Berichterstattung über Terrorismus nahmen Menschen beispielsweise Terrorismus, Islamismus und innere Sicherheit verstärkt als gesellschaftlich relevante Probleme wahr (Kohlsche et al., 2014). Weiterentwicklungen des Konzepts gehen davon aus, dass Medien nicht nur Themen, sondern auch deren Wertung beeinflussen. Zudem nehmen Menschen Themen, die oft gemeinsam verhandelt werden, eher als zusammengehörig wahr (Maurer, 2020).

Der Begriff **Priming** leitet sich vom Englischen *to prime* (*vorbereiten, stärken*) ab. Priming beschreibt den Effekt, dass Reize – etwa Wörter, Bilder, Gefühle oder Erinnerungen – bestimmte Assoziationen aktivieren können. Die so aktivierten Assoziationen können beeinflussen, wie wir den restlichen Inhalt aufnehmen beziehungsweise wie wir eine Situation, Person oder einen Sachverhalt bewerten. Ähnlich wie bei Agenda Setting geht es bei Priming darum, welche Themen und Bewertungsmuster leicht abrufbar und dementsprechend verfügbar sind, um etwas einzuschätzen (Scheufele, 2019).

Nachdem sich Agenda Setting damit beschäftigt, *worüber* wir nachdenken, und Priming zu erklären versucht, welche Assoziationen in der Bewertung eine Rolle spielen, beschäftigt sich **Framing** damit, *wie* wir über etwas denken: „To frame is to *select some aspects of a perceived reality and make them more salient*.“¹ (Entman, 1993, S. 52) Bei Framing geht man davon aus, dass die Rahmung bzw. die Zusammenstellung von Informationen Einfluss darauf hat, wie diese Informationen aufgenommen werden. Ein Frame setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen: Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Lösungsvorschlag und/oder Handlungsaufforderung (ebd.). Je nachdem, wie ein Problem definiert und welche Ursache betont wird, werden unterschiedliche

Perspektiven nahegelegt. Da erfolgreiches Framing eine bestimmte Sichtweise auf Dinge oder Ereignisse etablieren kann, spielt es auch für die Legitimität z. B. von politischen Entscheidungen eine Rolle (ebd.).

Maßgebliche Begründer des Framing-Ansatzes sind Amos Tversky und Daniel Kahneman. Sie zeigten 1981, dass sich Menschen systematisch anders entschieden, wenn die gleichen Zahlen in unterschiedlichen Kontexten präsentiert wurden – je nachdem, ob sie als Gewinn oder Verlust dargestellt wurden.

Shanto Iyengar untersuchte 1996, wie unterschiedliche Arten der Berichterstattung zum gleichen Thema die Meinung der Menschen veränderten. Episodisches Framing, das Einzelschicksale oder konkrete Ereignisse in den Mittelpunkt stellt, führt eher dazu, dass Menschen Betroffene selbst für ihr Schicksal verantwortlich machten. Bei thematischem Framing, das gesellschaftliche Zusammenhänge und Hintergründe beleuchtet, sehen Konsument*innen die Ursachen eher bei politischen Akteur*innen (z. B. der Regierung), gesellschaftlichen oder strukturellen Problemen.

Über Anschläge berichten – eine herausfordernde Aufgabe für Medien

Wie über andere politische Ereignisse berichten Medien selbstverständlich auch über Anschläge. Dabei stehen sie vor der Herausforderung, die Öffentlichkeit zu informieren und gleichzeitig nicht das Kalkül extremistischer Akteur*innen zu bedienen. Terrorismus zielt darauf ab, Angst und Unsicherheit zu verbreiten und Gesellschaften sowie Staaten zu destabilisieren. Mediale Berichterstattung war dabei immer schon Teil der strategischen Anschlagsplanung, denn ohne sie wären diese Ziele viel eingeschränkter möglich. Terrorismus wird daher auch als „Kommunikationsstrategie“ (Waldmann, 2005, S. 15) beschrieben. Der Anschlag vom 11. September 2001 zeigt dies deutlich: Die Bilder der getroffenen Twin Towers haben sich in das kollektive Gedächtnis der (westlichen) Welt eingebrannt. Vor allem in Zeiten, bevor soziale Medien ihnen erlaubten, sich direkt an ihre Zielgruppen zu wenden, waren Terrorist*innen „auf die Massenmedien angewiesen“ (ebd., S. 19), und noch immer spielen sie eine wichtige Rolle.

Medien stehen vor der Herausforderung, wie sie über Anschläge berichten können, ohne dabei Standards

¹ Übersetztes Zitat: „Framing bedeutet, *einige Aspekte einer wahrgenommenen Realität auszuwählen und sie stärker hervorzuheben*.“

der seriösen Berichterstattung zu gefährden.² In Zeiten von Social Media und einer beschleunigten (Live-) Berichterstattung ist dies zunehmend herausfordernd.

Von medialer Berichterstattung, öffentlicher Meinung und Wechselwirkungen mit politischer Entscheidungsfindung

Die skizzierten Medieneffekte machen deutlich, dass die Berichterstattung über Anschläge Risiken birgt, da sie beeinflussen kann, wie wir diese Ereignisse wahrnehmen und welche Assoziationen ausgelöst werden.

Inwiefern terroristische Gewalttaten auf Menschen und die öffentliche Meinung wirken, untersuchte beispielsweise Amélie Godefroidt (2022, S. 29).³ Sie zeigt: „[T]he more someone is exposed to, concerned about, or angry because of terrorism, the more they will derogate ‚others‘, find solace in conservative policies, and bolster attachment to the nation and its leaders.“⁴ Besonders hoch sei diese Feindseligkeit in Bezug auf Muslim*innen und Geflüchtete – teilweise doppelt so stark wie gegenüber anderen Gruppen. Obwohl Godefroidt den Fokus nicht explizit auf die mediale Berichterstattung über Anschläge legte, erhalten die meisten Menschen ihre Informationen über solche Ereignisse dennoch aus den Medien.

Eine andere Studie stellt fest, dass die Art der Berichterstattung über islamistische Anschläge Wut oder Angst auslösen kann. Beide Emotionen verstärken die Forderungen nach politischen Maßnahmen, die sich pauschal gegen Muslim*innen richten (Matthes et al., 2019).

Die ausgeführten Medieneffekte zeigen, dass Berichterstattung einen Einfluss darauf haben kann, welche

Themen wir wichtig finden, wie wir Informationen bewerten und welche politischen Forderungen wir daraus ableiten. Dies trifft natürlich nicht nur auf *normale Bürger*innen*, sondern auch auf politische Entscheidungsträger*innen zu. Denn die Sichtbarkeit bestimmter Themen kann die Reaktionen von Politiker*innen beeinflussen (Völker, 2024). Doch die Beziehung zwischen medialer Berichterstattung und öffentlichen sowie politischen Debatten und Entscheidungen verläuft nicht einseitig (Burkart, 2003). Vielmehr stehen sie in Wechselwirkungen zueinander: Medien prägen die öffentliche Wahrnehmung, was Themen für Politiker*innen relevanter erscheinen lässt und ihre Entscheidungen beeinflussen kann. Diese Wechselwirkungen sind äußerst komplex und lassen sich nur schwer direkt nachweisen (Kohlsche et al., 2014).

Islamistische Anschläge in der medialen Darstellung

Eine umfangreiche Studie zur Berichterstattung deutscher Medien über (rechtsextreme und islamistische) Anschläge wurde von Teresa Völker (2024) durchgeführt. Ihre Analyse zeigt, dass islamistische Anschläge oft in größere Zusammenhänge gestellt und mit Themen wie Islam oder Migration vermengt werden. Zum Teil wurde die pauschalisierende Frage aufgeworfen, inwiefern Islam und Migration als „breeding ground for radicalisation“ fungieren (Völker, 2024, S. 3501). Vermehrt bezogen sich die Äußerungen auf die Muslim*innen allgemein und nicht auf radikalisierte Einzelpersonen (ebd., S. 3489). Besonders problematisch ist, dass solche Berichterstattungen Emotionen wecken können, die den Ruf nach politischen Maßnahmen verstärken, die sich pauschal gegen Muslim*innen richten (Matthes et al., 2019).

Nach islamistischen Anschlägen sind vor allem die Themen Sicherheitspolitik, Asyl, Immigration, Geflüchtete und islamistischer Extremismus in den Medien präsent. Deutlich weniger wird beispielsweise über Radikalisierung gesprochen (Völker, 2024). Im Großen und Ganzen wurde Islamismus vor allem als Sicherheitsrisiko mit transnationalem Ausmaß geframt, dem mit repressiver Migrationspolitik begegnet werden müsse. Diese Ergebnisse gehen in die gleiche Richtung wie andere Studien, die nahelegen, dass islamistische Anschläge meist dazu führen, dass sich die Stimmung gegen Muslim*innen, Migrant*innen oder geflüchtete Menschen verschlechtert (Godefroidt, 2022).

² Die publizistischen Grundsätze und ethischen Standards für Journalist*innen sind im Pressekodex abgebildet (Presserat, 2025).

³ Ihre Untersuchung gibt primär Auskunft darüber, welche Effekte islamistische Anschläge auf Menschen in westlichen Gesellschaften haben.

⁴ Übersetztes Zitat: „Je mehr eine Person dem Terrorismus ausgesetzt, besorgt oder wütend ist, desto mehr wird sie ‚andere‘ abwerten, Trost in konservativer Politik finden und die Bindung an die Nation und ihre Führer*innen stärken.“

„Nach islamistischen Anschlägen sind vor allem die Themen Sicherheitspolitik, Asyl, Immigration, Geflüchtete und islamistischer Extremismus in den Medien präsent.“

Von der öffentlichen Debatte sowie der Berichterstattung profitierten vor allem extrem rechte Akteur*innen. So konnte die Alternative für Deutschland (AfD) ihre Positionen erfolgreich platzieren und eine vermeintliche Verbindung zwischen islamistischen Anschlägen als Sicherheitsrisiko sowie Migration und Islam als Ursachen herstellen (Völker, 2024).

Ein weniger düsteres Bild zeichnen Max Baum, Mona Klöckner und Manjana Sold (2025, S. 265), die der deutschen Medienlandschaft „eine eher ausgewogene Berichterstattung“ attestierten.⁵ Neben sicherheitsbezogenen Themen würde im Kontext von islamistischen Anschlägen auch die Sorge vor stigmatisierenden Debatten oder einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft in den Medien abgebildet.

Berichterstattung zu Islamismus und Islam

Um die Berichterstattung über islamistische Anschläge differenziert einordnen zu können, lohnt sich ein Blick auf die breitere mediale Repräsentation des Islams. Denn obwohl die begriffliche und inhaltliche Trennschärfe zwischen Islam und Islamismus keinesfalls aufgeweicht werden darf, zeigt sich in der öffentlichen Debatte eine Vermengung beider Themenbereiche (Schmidt, 2022). So weist die deutsche Islamberichterstattung zumindest in Teilen populistische Dimensionen auf und bedient ein „Islamismus- oder Terrornarrativ“ (ebd.). Andersherum finden sich in der Berichterstattung zu islamistischen Anschlägen allgemein Bezüge zu Muslim*innen und dem Islam – wenn auch nicht in überwiegend negativem Ton (Völker, 2024).

Die Islamberichterstattung in Deutschland kommt laut Kai Hafez und Sabrina Schmidt (2020) einer „Politisierung und Dämonisierung“ gleich. In Themen, Überschriften sowie der Bildsprache werden Muslim*innen und dem Islam eine Andersartigkeit und Fremdheit zugeschrieben, während muslimische Lebensrealitäten kaum abgebildet werden. Bilder von „bewaffnete[n] Islamist*innen“ als Teil der Bildsprache zeugen von einer mangelnden Differenzierung zwischen dem Islam als Religion und Islamismus als politischer Ideologie. Auch wenn ihr Bild nicht ganz so düster ausfällt, beschreiben Baum und Kolleginnen (2025, S. 265), dass in „der Berichterstattung zu Islam und Islamismus die Sprache von Bedrohung, Angst, Sorge oder Furcht“ dominiert.

Diese Darstellung beeinflusst das mediale Bild des Islams und hat weitreichende Folgen für die gesellschaftliche Meinungsbildung, muslimische Lebensrealitäten und das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben.

Verknüpfung von Islamismus und Migration

Spätestens seit den islamistischen Anschlägen von Mannheim und Solingen im Jahr 2024 werden die Themen islamistische Radikalisierung, Flucht und Migration in der medialen sowie gesellschaftlichen Debatte erneut verknüpft (dlf, 2025). Das Sicherheitspaket, mit dem die damalige Innenministerin Nancy Faeser explizit auf den Anschlag von Solingen reagierte, suggeriert durch die Themenwahl einen direkten Zusammenhang zwischen Islamismus, innerer Sicherheit, Migration und Asyl (BGBI, 2024; BMI, 2024). Ähnliche Verknüpfungen gab es jedoch schon früher: So forderte der CSU-Politiker Günther Beckstein schon im Nachgang des 11. Septembers 2001 „Änderungen beim Asylverfahren“ (Baum et al., 2025, S. 256).

⁵ Die durchgeführte Analyse von Baum et al. (2025) bezieht jedoch weniger Medien und Ereignisse ein als die von Völker (2024).

Die gründliche Prüfung der Hintergründe von Anschlägen ist wichtig, um präventive Maßnahmen gezielt entwickeln zu können. Vor dem Hintergrund, dass es keinen kausalen Zusammenhang zwischen Migration und islamistischen Anschlägen gibt (Renard & Demuyne, 2025), greift die dominante Fokussierung auf dieses Thema zu kurz. Viel eher sollte der Frage nachgegangen werden, wieso sich die Täter islamistischen Ideologien zugewandt haben und wie wir Menschen künftig besser erreichen, um Anschläge dieser Art zu verhindern – sei es durch psychologische Unterstützung, Einbindung in Regelstrukturen oder gezielte Präventionsarbeit.

Unterschiede in der Berichterstattung über rechtsextreme Anschläge

Die Forschung zu terroristischen Anschlägen konzentriert sich meist auf islamistische Anschläge in westlichen Ländern (Godefroidt, 2022). Teresa Völker (2024) hat sich indes explizit dem Vergleich der Berichterstattung über islamistische und rechtsextreme Anschläge gewidmet: Nach islamistischen Anschlägen dominierten Themen wie Sicherheitspolitik, Asyl, Immigration oder Geflüchtete, während nach rechtsextremen Anschlägen vor allem der individuelle Radikalisierungsprozess im Fokus stand. Zudem wurden die Anschläge weniger im Kontext größerer gesellschaftlicher Themen verhandelt (ebd.).

Ähnliche Tendenzen zeigen sich bei den Akteur*innen, die in den Fokus rückten: Nach islamistischen Anschlägen gerieten Muslim*innen allgemein ins Blickfeld und es wurden Bezüge zum Islam als Religion hergestellt. Rechtsextreme Anschläge hingegen wurden primär individualisiert (ebd.). Während Rechtsextremismus häufig als Bedrohung durch bestimmte Gruppen gegenüber Minderheiten beschrieben wird, wird Islamismus als äußere Gefahr dargestellt, welche die Gesellschaft insgesamt bedroht (ebd.).

Fazit

Medien prägen, wie wir Informationen wahrnehmen und die Welt interpretieren. Die in diesem Beitrag vorgestellten Studien zeigen, dass die Berichterstattung über islamistische Anschläge problematische Folgen haben kann. Besonders die Vermengung von Islamismus, Islam und muslimischen Lebensrealitäten ist bedenklich. Rechte Akteur*innen nutzen diese Dynamiken, um ihre Positionen zu stärken. Wie etwa die AfD die Gewalttaten in Solingen und Mannheim instrumentalisierte und so auf die politische Debatte und schlussendlich auf politische Entscheidungen einwirkte, ist im Artikel von Susanne Pickel und Cemal Öztürk in dieser Ausgabe der *Ligante* nachzulesen.

Die geschilderten Effekte machen die große Verantwortung deutlich, die Medienhäuser und Journalist*innen tragen. Während sie ihren Auftrag erfüllen, die Öffentlichkeit zu informieren, sollten sie sich dieser bewusst sein. Das bedeutet zum Beispiel, die eigene Berichterstattung dahingehend zu reflektieren, welche Themen in den Berichten zu islamistischen Gewalttaten aufgegriffen werden und welche Akteur*innen zu Wort kommen. Auch die Auswahl der Headlines und Teaser der Artikel spielt eine Rolle, da sie teilweise die Perspektive bestimmen, durch welche die Informationen im Artikel aufgenommen werden. ■

Charlotte Leikert studierte Kommunikationswissenschaft und Psychologie (BA) in Jena und Nizza und absolvierte einen Master mit Schwerpunkt politische Kommunikation an der Freien Universität Berlin. Seit 2020 arbeitet sie als Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der BAG RelEx und hat darüber hinaus seit 2025 die Projektkoordination von *KN:IX connect / Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung* inne. Zu ihren Schwerpunkten zählen Radikalisierung und soziale Medien, Prävention im digitalen Raum sowie zivilgesellschaftliche Radikalisierungsprävention in Deutschland.

Literatur

Baum, Max; Klöckner, Mona & Sold, Manjana (2025). Islamismus und Islam in der Medienberichterstattung: Bedrohungsdarstellungen und Handlungsaufforderungen. In: Julian Junk & Martin Kahl (Hrsg.), *Wie Deutschland mit Islamismus umgeht* (S. 239–272). Frankfurt/New York: Campus Verlag.

BGBI (2024, 30. Oktober). Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems. BGBI. Nr. 332. Abgerufen von: <https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2024/332/VO.html> [15.07.2025].

BMI (2024, 12. September). Debatte zu Migration und Sicherheit im Bundestag. Abgerufen von: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/09/bt-sicherheitspaket.html> [15.07.2025].

Burkart, Roland (2003). Medienwirkungen. Medienwirkungsforschung – ein Einblick. Medienimpulse. Beiträge zur Medienpädagogik, 12(46), 5–8.

Dlf (2025, 21. Januar). Bundestagswahl 2025. Wahlprogramme: Migration. Abgerufen von: <https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahl-2025-wahlprogramme-migration-100.html> [15.07.2025].

Entman, Robert M. (1993). Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51–58.

Godefroidt, Amélie (2022). How Terrorism Does (and Does Not) Affect Citizens' Political Attitudes: A Meta-Analysis. *American Journal of Political Science*, 67(1), 22–38.

Info-Monitor 2025 (2025). Die Medienanstalten. Abgerufen von: https://faktenimpulse.de/wp-content/uploads/2025/03/Info-Monitor_2025.pdf [23.06.2025].

Iyengar, Shanto (1996). Framing responsibility for political issues. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 546, 59–70.

Hafez, Kai & Schmidt, Sabrina (2020). Rassismus und Repräsentation: das Islambild deutscher Medien im Nachrichtenjournalismus und im Film. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen von: <https://www.bpb.de/lernen/bewegt-bild-und-politische-bildung/themen-und-hintergruende/314621/rassismus-und-repraesentation-das-islambild-deutscher-medien-im-nachrichtenjournalismus-und-im-film/> [22.06.2025].

Kohlische, Lisa; Peignois, Julie; Thoring, Anne & Roëll, Elena von (2014). New York, Madrid, London – Wie Terroranschläge die Berichterstattung und öffentliche Meinung zu Terrorismus, Innerer Sicherheit und Islamismus beeinflussen. In: Volker Gehrau, Judith Vāth & Gianna Haake (Hrsg.), *Dynamiken der öffentlichen Problemwahrnehmung. Umwelt, Terrorismus, Rechtsextremismus und Konsumklima in der deutschen Öffentlichkeit* (S. 121–162), Wiesbaden: Springer VS.

Matthes, Jörg; Schmuck, Desirée & Sikorski, Christian von (2019). Terror, Terror Everywhere? How Terrorism News Shape Support for Anti-Muslim Policies as a Function of Perceived Threat Severity and Controllability. *Political Psychology*, 40(5), 935–951.

Maurer, Marcus (2020). Agenda-Setting. Abgerufen von: <https://journalistik.de/agenda-setting/> [23.06.2025].

McCombs, Maxwell & Shaw, Donald L. (1972). The agenda-setting function of the mass media. *Public Opinion Quarterly*, 36(2), 176–187.

Presserat (2025, 19. März). Ethische Standards für den Journalismus. *Publizistische Grundsätze (Pressekodex)*. Abgerufen von: <https://www.presserat.de/pressekodex.html> [21.07.2025].

Renard, Thomas & Demuynck, Méryl (2025). Conceptualising and Addressing the Migration-Terrorism Nexus: Literature Review, Case Studies, and Policy Recommendations. Den Haag: International Centre for Counter-Terrorism. Abgerufen von: <https://icct.nl/sites/default/files/2025-07/Thomas%20and%20Meryl-%20Conceptualising%20and%20Addressing%20the%20Migration-%20Terrorism%20Nexus%20final.pdf> [24.07.2025].

Scheufele, Bertram (2019). Priming. Abgerufen von: <https://journalistik.de/priming/> [23.06.2025].

Schmidt, Sabrina (2022). Islambilder in den Medien und die Herausforderung populistischer Vereinnahmungen. *Theologisches Forum Christentum – Islam*; koordiniert von der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=hgjMk9xAh0g&t=33s> [24.06.2025].

Tversky, Amos & Kahneman, Daniel (1981). The Framing of Decisions and the Psychology of Choice. *New Series*, 211(4481), 453–458.

Völker, Teresa (2024). How Terrorist Attacks Distort Public Debates. A Comparative Study of Right-wing and Islamist Extremism. *Journal of European Public Policy*, 24 (11), 3487–3514.

Waldmann, Peter (2005). *Terrorismus. Provokation der Macht*. 2. Auflage. Hamburg: Murmann Verlag.

Prävention in polarisierten Zeiten

Ursachenbekämpfung statt verkürzter Debatten

Ulrike Hoole & Frederik Braune

Die gesellschaftliche Polarisierung und migrationspolitische Diskussionen beeinflussen zunehmend die Debatte über Islamismusprävention. In Politik und Medien wird oft eine direkte Verbindung zwischen Migration und islamistischer Radikalisierung suggeriert. Da sich in der Forschung kaum belastbare Zahlen dazu finden und die wenigen Daten schlecht vergleichbar sind, ist dieser Zusammenhang jedoch fragil, uneindeutig und zumindest auf Basis der vorhandenen deutschsprachigen Forschung nicht belegt (Neitzert et al., 2024, S. 11). Diese Verkürzung verschiebt den Fokus: Statt über die Ursachen von Radikalisierung – etwa Ausgrenzung, Diskriminierung, fehlende soziale Teilhabe oder Perspektivlosigkeit – und deren Bekämpfung zu sprechen, dominiert die Diskussion über Abschiebungen von Menschen mit Fluchterfahrung.

Die Vermischung von Debatten über (islamistische) Gewalt und deren Ursachen mit dem Thema Migration hat Folgen: Migration wird zur Sicherheitsfrage erklärt. Diese Logik ignoriert gesellschaftliche Ursachen von Gewalt und überbetont Herkunft als Erklärungsmuster. Dabei wird übersehen, dass nicht Migration an sich, sondern der gesellschaftliche *Umgang* mit Migrationsgeschichten – etwa Diskriminierung und mangelnde Teilhabe – Vulnerabilitäten verstärkt (Neitzert et al., 2024, S. 10 f.).

Der vorliegende Beitrag skizziert, wie diese Diskurse zivilgesellschaftliche Prävention beeinflussen, und beleuchtet schlaglichtartig Präventionsstrategien, die gesellschaftlicher Polarisierung wirksam begegnen.

Radikalisierungsdynamiken im Kontext von gesellschaftlichen und politischen Debatten

Antimuslimische Einstellungen und Vorurteile sind keinesfalls nur am rechten Rand der Bevölkerung Deutschlands zu verorten. Fast die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland empfindet Muslim*innen als bedrohlich und fast 40 % identifizieren sich mit „islamkritischen“ Akteur*innen (Öztürk & Pickel, 2024, S. 214). Vielerorts rückt die Politik nach rechts, was auch den Resonanzraum von Islamismus und Muslimfeindlichkeit vergrößert. Ein politisches Klima entsteht, von dem sich antimuslimische Akteur*innen bestärkt fühlen (Fielitz et al., 2018, S. 60). In Medienberichten zu Muslimfeindlichkeit und Islamismus dominieren häufig diejenigen Akteur*innen, die am schrillsten argumentieren – sie heizen gesellschaftliche Polarisierung an, statt aufzuklären und zur Versachlichung beizutragen (ebd.).

Polarisiert geführte mediale, gesellschaftliche und politische Debatten haben reale Folgen für jene, die dadurch stigmatisiert werden. 2024 nahm die Zahl antimuslimischer Übergriffe und Diskriminierungen deutlich zu; besonders nach (tatsächlich oder auch nur zunächst mutmaßlich) islamistischen Anschlägen – etwa in Mannheim, Solingen und Magdeburg – und den darauffolgenden sicherheitspolitischen Debatten, in denen der Islam als Gefahr und Muslim*innen als Risiko dargestellt wurden, stiegen die gesellschaftliche Problematisierung muslimischer Menschen und die Zahl antimuslimischer Vorfälle (CLAIM, 2025, S. 31 ff.).

Islamistische Akteur*innen wiederum nutzen diese Dynamik gezielt. Sie greifen die Bedrohungsgefühle von Muslim*innen, die durch antimuslimische Resentiments und Übergriffe entstehen, ebenso auf wie diskriminierende Maßnahmen und kriminalisierende politische Diskurse, verstärken die Botschaft „Ihr seid hier nicht gewollt“, übersetzen sie in emotionale Opfer narrative und laden sie ideologisch auf.

Radikalisierungsprozesse sind dynamisch und vielschichtig, monokausale Erklärungen werden ihnen nicht gerecht. In der Regel entstehen sie nicht isoliert, sondern durch ein Zusammenspiel von individuellen, gesellschaftlichen und ideologischen Faktoren (BAG RelEx, 2019, S. 22). Identitätssuche, Erfahrungen von Diskriminierung, Ausschluss und Perspektivlosigkeit können dabei eine wichtige Rolle spielen. Kollektive Stigmatisierung – etwa der Generalverdacht gegenüber Muslim*innen – schürt Misstrauen und Abgrenzung. Diese Dynamik kann Radikalisierung begünstigen (Lautz et al., 2024, S. 429 f.) – auch wenn an dieser Stelle betont werden muss, dass die weit überwiegende Mehrheit der Personen, die Diskriminierung erfahren, sich *nicht* radikalisiert.

Arbeit im Spannungsfeld von Versicherheitlichung, Vertrauensverlust und Druck auf die Zivilgesellschaft

Für Fachkräfte in der Prävention wird die Arbeit schwieriger. Zivilgesellschaftliche Prävention lebt von Vertrauen und langfristigen Beziehungen – doch genau dieses Vertrauen steht unter Druck. Polarisierung durch politische oder mediale Debatten erschwert die Arbeit. Pauschalisierende Sicherheitsnarrative in staatlicher Rhetorik und Berichterstattung fördern Misstrauen gegenüber Institutionen und Projekten, die staatlich gefördert werden.

Auch Förderausschreibungen selbst spiegeln teilweise problematische Vorannahmen in Bezug auf Radikalisierung wider: Die Fokussierung der Islamismusprävention auf Menschen mit Migrationshintergrund („Migrantisierung“) und die sicherheitspolitische Aufladung von Integrationsarbeit („Versicherheitlichung“) begünstigen die pauschale Unterstellung, Personen mit Migrations- und/oder Fluchterfahrung seien besonders radikalierungsgefährdet (Abay Gaspar, 2023, S. 29 f.). Dabei rechtfertigen die verfügbaren Daten eine solche Annahme nicht: Die Mehrheit terroristischer Akteur*innen in Europa stammt nicht

aus Migrations- oder Fluchtkontexten, sondern wurde vor Ort geboren oder sozialisiert (Renard & Demuynck 2025, S. 10, S. 78). Eine übermäßige Fokussierung auf Migration als Risikofaktor scheint demnach empirisch unbegründet, fördert die Stigmatisierung migrantischer Communitys und lenkt von relevanteren Ursachen von Radikalisierung ab (ebd., S. 6 f.).

Wenn Präventionsprogramme sich vorrangig an muslimische Jugendliche richten, verstärkt dies den Eindruck, dass diese unter Generalverdacht stehen. Betroffene können sich dadurch von Staat und Gesellschaft distanzieren und das Vertrauen in Präventionsarbeit schwindet weiter (Oehlmann, 2025). Zugänge zu Zielgruppen werden dadurch schwieriger, Beziehungen fragiler. Die Wirkung präventiver Arbeit, die auf Empowerment und Teilhabe abzielt, leidet. Besonders in sensiblen Arbeitsfeldern – etwa bei der Arbeit mit Menschen mit Fluchterfahrung oder von rassistischer Diskriminierung Betroffenen – wird der Vertrauensaufbau erschwert. Gleichzeitig sinkt bei Diskriminierungsopfern das Vertrauen in staatliche Institutionen und die Gesellschaft. Dies gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, schwächt demokratische Prozesse und untergräbt politische Legitimität (Fuchs et al., 2025, S. 44 f.).

Zivilgesellschaftliche Träger, die sich für Demokratie einsetzen, erhalten darüber hinaus häufig nur geringe politische Unterstützung. Stattdessen sehen sie sich Vorwürfen politischer Einflussnahme ausgesetzt, wie beispielsweise durch die Kleine Anfrage der CDU zur politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen im Februar 2025 (Deutscher Bundestag, 2025). Diskursive Verschiebungen stellen Präventionsprojekte infrage: Warum in Prävention investieren, wenn Abschiebungen vermeintlich schneller wirken? Politische Prioritäten verlagern sich – weg von gesellschaftlicher Teilhabe hin zu Migrationskontrolle und repressiven Maßnahmen (vgl. Dobrindt, 2024).

Diese Entwicklung birgt das Risiko, die ohnehin prekäre Finanzierung zivilgesellschaftlicher Präventionsarbeit zu verschärfen. Fehlende oder kurzfristige Projektfinanzierung untergräbt Kontinuität, Beziehungsarbeit und Nachhaltigkeit. Qualifizierte Fachkräfte verlassen den Bereich, weil langfristige Perspektiven fehlen. Kürzungen gefährden dauerhafte Präventionsstrukturen, schwächen die politische Bildung und fördern ein Klima der Unsicherheit bei Fachkräften – genau dort, wo langfristige und nachhaltig wirkende demokratische Arbeit notwendig wäre.

**„Prävention muss Ursachen erkennen und bearbeiten –
nicht Vorurteile bestätigen und vertiefen.
Nur so kann sie Vertrauen aufbauen, wirksam bleiben
und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.“**

Vor allem aber verhindern das Präsentieren von Migration als Sündenbock und die Verschiebung der Prioritäten und der Aufmerksamkeit eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den strukturellen Ursachen von Radikalisierung: Armut, Diskriminierung, fehlende soziale Teilhabe und Marginalisierung. Präventionsarbeit kann nur erfolgreich sein, wenn ihr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um diese Ursachen von (nicht nur islamistischem) Extremismus zu bekämpfen.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Blick

Die zuvor beschriebenen Debatten führen in der öffentlichen Wahrnehmung nicht selten zu der irreführenden Annahme, Radikalisierung sei primär ein Phänomen, das muslimisch und migrantisch gelesene Personen und Menschen mit Fluchterfahrung betrifft – anstatt als ein gesamtgesellschaftliches Problem verstanden zu werden.

Wenn auf politischer und medialer Ebene mögliche Ursachen und Handlungsstrategien diskutiert werden, um der Radikalisierung von Personen mit Fluchterfahrung zu begegnen, wird der Fokus in der Regel einseitig auf deren individuelle Lebenswelt und ihr persönliches Handeln verengt. Dabei ist es essenziell, auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen. Strukturelle Herausforderungen – etwa der fehlende Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende unmittelbar nach ihrer Ankunft – treiben viele in einen Zustand erzwungener Untätigkeit, in dem sie über längere Zeit verharren müssen (Pro Asyl, 2023). Trotz vorhandener Arbeitsbereitschaft und/oder nachgewiesener Qualifikationen bleibt ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt – und damit auch die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe. Selbst

wenn geflüchtete Menschen grundsätzlich arbeiten dürften, scheitert dies oftmals an einer restriktiven Vergabep Praxis der Arbeitserlaubnisse durch die Ausländerbehörden (ebd.).

Erschwerend kommt hinzu, dass seit Anfang des Jahres weniger Mittel für Integrations- und Sprachkurse für Geflüchtete zur Verfügung stehen und diesen Programmen politisch weniger Priorität eingeräumt wird (Veltzke, 2025).

Isolation und Perspektivlosigkeit verstärken nicht nur das Risiko psychischer Belastungen und Erkrankungen, sondern erhöhen auch die Anfälligkeit bzw. Empfänglichkeit für extremistische Erzählungen (Dittmar et al., 2025, S. 42).

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie der eingeschränkte Zugang zu Bildung, Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zu psychosozialen Unterstützungsangeboten tragen wesentlich zum Gefühl sozialer Ausgrenzung bei – ein Faktor, der das Interesse an extremistischen Erzählungen/Ideologien zusätzlich begünstigen kann (ebd.). Umso entscheidender ist es, diesen Lebensumständen aktiv entgegenzuwirken: Denn die gezielte Förderung von Integration, das Erlernen der Sprache, der Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Maßnahmen zur Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe wirken hier auch präventiv.

Sichtbarkeit statt Stigmatisierung: Prävention im Kontext gesellschaftlicher Polarisierung

Im Kontext von zunehmend polarisiert geführten Debatten, die vor allem Flucht und Migration in einen besonderen Zusammenhang mit islamistischer Radi-

kalisierung stellen, ist es enorm wichtig, diesen Diskursen wirksam mit Präventionsarbeit zu begegnen, um damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen.

Um stigmatisierenden Diskursen entgegenzuwirken, können insbesondere in der universellen Präventionsarbeit phänomenunspezifische Ansätze sinnvoll sein, da sie übergreifende Risikofaktoren wie soziale Ausgrenzung, Diskriminierungserfahrungen oder fehlende Teilhabe in den Blick nehmen und verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – wie Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Sexismus, Homofeindlichkeit – aufgreifen und gemeinsam mit der Zielgruppe kritisch reflektieren (Freiheit et al., 2022). Da keine spezifischen Gruppen oder Ideologien in den Fokus gerückt werden, kann Radikalisierung als gesamtgesellschaftliches Problem adressiert und einer möglichen Stigmatisierung spezifischer Zielgruppen entgegengewirkt werden.

Ein weiterer Aspekt, der im Kontext polarisierender Debatten und aufgrund zunehmender Bedeutung sozialer Medien für die Meinungsbildung junger Menschen zunehmend an Relevanz für die Präventionsarbeit gewinnt, ist der Onlinebereich. Laut der JIM-Studie (2024) nutzen 93 % der Jugendlichen täglich ihr Smartphone, und 90 % sind täglich auf Social-Media-Plattformen aktiv. Dabei müssen sie nicht einmal gezielt nach bestimmten Inhalten suchen, um mit extremistischen Beiträgen in Berührung zu kommen – durch die algorithmischen Logiken der Plattformen geschieht dies oftmals automatisch (Hotait, 2023). Der digitale Raum ist ein zentraler Ort für islamistische Gruppierungen, um ihre Botschaften einem breiten Publikum zugänglich zu machen und potenzielle Anhänger*innen zu rekrutieren. Umso wichtiger ist es, die Onlineprävention zu stärken und sichere Räume und niedrigschwellige Alternativangebote zu extremistischen Erzählungen in sozialen Medien bereitzustellen. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt die *Task Force Islamismusprävention* des Bundesministeriums des Innern:¹ Sie empfiehlt einerseits, dass demokratiefeindliche Inhalte konsequent entfernt werden – durch die strengere Anwendung bestehender Gesetze, eine effektivere Moderation durch Plattformbetreibende sowie die Einführung einer wirksamen

Altersgrenze von 16 Jahren für die Nutzung sozialer Medien. Andererseits sollen Onlineplattformen gesetzlich verpflichtet werden, Präventionsangebote sichtbarer zu machen und alternative Inhalte zur Bekämpfung extremistischer Erzählungen gezielt zu fördern (Bundesministerium des Innern, 2025, S. 4). Eine große Chance für zivilgesellschaftliche Präventionsakteur*innen, Jugendliche auf Augenhöhe anzusprechen, würde die Förderung der Zusammenarbeit mit Influencer*innen oder Creator*innen darstellen: Diese verleihen Glaubwürdigkeit, erreichen ein breites Publikum und gestalten authentische Inhalte. Gleichzeitig können Präventionsakteur*innen von den Erfahrungen der Contentproduzent*innen direkt profitieren.

Fazit

In Deutschland hat sich eine vielfältige und professionelle Präventionslandschaft gegen religiös begründeten Extremismus etabliert, in der zivilgesellschaftliche Akteur*innen eine zentrale Rolle einnehmen. Sie stärken demokratische Werte, bieten Bildungs- und Beratungsangebote und wirken aktiv menschenfeindlichen Ideologien entgegen. In einer zunehmend diversen und polarisierten Gesellschaft sind sie wichtiger denn je.

Doch ihre Arbeit wird erschwert – durch öffentliche Diskurse, die Migration zur Sicherheitsfrage erklären und komplexe Ursachen von Radikalisierung ausblenden. Diese Verkürzung schwächt nicht nur die Präventionsarbeit selbst, sondern befeuert eine gesellschaftliche Spaltung, die Extremist*innen gezielt ausnutzen. Diese profitieren von Polarisierung und gewinnen dort an Einfluss, wo Menschen sich ausgegrenzt fühlen, Vertrauen in Institutionen verlieren oder pauschal verdächtigt werden. Ein öffentlicher Diskurs, der muslimische oder migrantische Personen unter Generalverdacht stellt, bestätigt das Weltbild extremistischer Gruppen – und stärkt so deren Erzählungen.

Der Polarisierung der Debatte über islamistischen Extremismus muss mit fundiertem Fachwissen, konstruktivem Austausch über bestehende Ansätze in der Radikalisierungsprävention und einer sachlichen Diskussion entgegengetreten werden. Nur durch offene Gespräche, gründliche Reflexion und langfristige Förderstrategien lässt sich die Präventionsarbeit gegen islamistischen Extremismus verbessern und nachhaltiger gestalten.

¹ Jamuna Oehlmann (Geschäftsführerin BAG RelEx) ist Teil dieser Expert*innenkommission.

Prävention muss Ursachen erkennen und bearbeiten – nicht Vorurteile bestätigen und vertiefen. Nur so kann sie Vertrauen aufbauen, wirksam bleiben und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Zentrale Voraussetzung für eine solche Präventionsarbeit ist auch eine politische Debatte, die Ursachen statt Stereotype in den Mittelpunkt stellt. ■

Ulrike Hoole

ist seit 2021 Referentin bei der BAG RelEx. Sie hat Arabistik und Internationale Beziehungen, Middle East Politics und Islamwissenschaft studiert. Sie ist ausgebildete Systemische Beraterin und war zuvor in der Beratung von Jugendlichen mit Fluchterfahrung und der Prävention von islamistischem Extremismus an Schulen tätig. Ihr inhaltlicher Fokus liegt auf Praxisansätzen der Radikalisierungsprävention sowie islamistischen Organisationen in der MENA-Region.

Frederik Braune

Frederik Braune ist seit Juli 2023 bei der BAG RelEx. Er studierte Internationale Not- und Katastrophenhilfe an der Akkon Hochschule für Humanwissenschaften und Soziale Arbeit an der Fachhochschule Potsdam. Vor seiner Zeit bei der BAG RelEx war er einige Jahre bei einem Träger der Berliner Suchthilfe im Bereich der Wohnungslosenhilfe tätig.

Literatur

Abay Gaspar, Hande (2023). Unter Generalverdacht? Stigmatisierende Effekte der Islamismusprävention und Abmilderungsstrategien. *Ligante*, 6, 29–33.

BAG RelEx (Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e. V.) (2019). Standards für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen religiös begründeten Extremismus. *Ligante*. Fachdebatten aus der Präventionsarbeit. Abgerufen von: https://www.bag-relex.de/dl.php?url=https://www.bag-relex.de/wp-content/uploads/2020/12/BAG_RelEx_Qualitaetsstandards_Ligante_Sonderausgabe_Online.pdf [21.07.2025].

CLAIM (2025). Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus. Antimuslimische Vorfälle in Deutschland 2024. Abgerufen von: https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2025/06/claim_lagebild-2024-stand-17.6.25-1.pdf?x49682 [25.06.2025].

Deutscher Bundestag (2025). Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU. Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen (BTDrucksache 20/15035). Abgerufen von: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015035.pdf> [25.06.2025].

Dittmar, Vera; Gesing, Alexander; Hermann, Anja & Joest, Anja (2025). Psychische Belastungen, islamistische Radikalisierung und Flucht – Distanzierungsarbeit zwischen Stigmatisierung und Differenzierung. *Ligante*, 8, 41–47.

Dobrindt, Alexander (2024, 17. Januar). Rede im Deutschen Bundestag. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.), 5. Sitzung, 21. Wahlperiode, Plenarprotokoll 21/5, S. 317 ff. Abgerufen von: <https://dserver.bundestag.de/btp/21/21005.pdf> [20.06.2025].

Fielitz, Maik; Ebner, Julia; Guhl, Jakob & Quent, Matthias (2018).

Hassliebe. Anti-muslimischer Extremismus, islamistischer Extremismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Abgerufen von: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Islamismus_Rechtsextremismus.pdf [25.06.2025].

Freiheit, Manuela; Uhl, Andreas & Zick, Andreas (2022, 16. Februar).

Phänomenübergreifende Radikalisierungsprävention. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen von: <https://www.bpb.de/themen/informationsdienst/505225/phaenomenuebergreifende-radikalisierungspraevention/> [08.07.2025].

Fuchs, Leonie; Gahein-Sama, Massa; Kim, Tae Jun; Mengi, Aylin; Podkowik, Klara; Salikutluk, Zerrin; Thom, Maximilian; Tran, Kien & Zindel, Zaza (2025).

Verborgene Muster, sichtbare Folgen. Rassismus und Diskriminierung in Deutschland. NaDiRa Monitoringbericht 2025. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung. Abgerufen von: https://www.rassismusmonitor.de/fileadmin/user_upload/NaDiRa/Publikationen/Verborgene_Muster_Monitoringbericht/NaDiRa_Monitoringbericht_2025_FINAL__1_.pdf [25.06.2025].

Hotait, Nader (2023). „Kontroversen sind ein Selling Point“ – Einblicke in eine Forschung zur Verbreitung von extremistischen Inhalten auf TikTok [Interview]. Abgerufen von: <https://www.ufuq.de/aktuelles/tiktok-extremismus/> [08.07.2025].

Lautz, Yannick von; Bösing, Eike; Kart, Mehmet & Stein, Margit (2024).

Diskriminierung von Muslim:innen als Faktor in Prozessen der Radikalisierung – Perspektiven aus dem Handlungsfeld der Islamismusprävention. Abgerufen von: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s41682-024-00189-0.pdf> [20.06.2025].

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.) (2024).

JIM-Studie 2024 – Jugend, Information, Medien. Abgerufen von: https://mpfs.de/app/uploads/2024/11/JIM_2024_PDF_barrierearm.pdf [21.07.2025].

Neitzert, Alina; Miguel Müller, Nelia; Lux, Corinna & Wielopolski-Kasku, Alexandra (2024).

Gibt es einen Nexus zwischen Migration und Radikalisierung? Eine wissenschaftliche Spurensuche. Kurzanalyse 04/2024. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse4-2024-nexus-zwischen-migration-und-radikalisierung.pdf?__blob=publicationFile&v=10 [20.06.2025].

Oehlmann, Jamuna (2025). Präventionsarbeit gegen Islamismus.

Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb. Abgerufen von: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/islamismus-2025/561181/praeventionsarbeit-gegen-islamismus/> [20.06.2025].

Öztürk, Cemal & Pickel, Susanne

(2024). Die Gefahr der Co-Radikalisierung: Wie sich Muslimfeindlichkeit und Islamismus in Deutschland wechselseitig verstärken. Abgerufen von: <https://link.springer.com/article/10.1007/s41682-024-00183-6> [21.07.2025].

Pro Asyl (2023). Der steinige Weg in den Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen. Abgerufen von: <https://www.proasyl.de/news/der-steinige-weg-in-den-arbeitsmarkt-fuer-gefluechtete-menschen> [23.06.2025].

Task Force Islamismusprävention des Bundesministeriums des Innern (2025).

Handlungsempfehlungen der Task Force Islamismusprävention – Radikalisierungsprävention im Zeitalter gesellschaftlicher Unsicherheiten. Abgerufen von: https://www.bag-relex.de/wp-content/uploads/2025/07/handlungsempfehlungen_fb3_iit_islamismuspraevention_lang_A4_2025_DE.pdf [22.07.2025].

Renard, Thomas & Demuynck, Méryl

(2025). Conceptualising and addressing the migration – terrorism nexus. The International Centre for Counter-Terrorism. Abgerufen von: <https://icct.nl/sites/default/files/2025-07/Thomas%20and%20Meryl-%20Conceptualising%20and%20Addressing%20the%20Migration-%20Terrorism%20Nexus%20final.pdf> [21.07.2025].

Veltzke, Britta (2025). Wie fehlendes

Geld Sprach- und Integrationskurse erschwert. Abgerufen von: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/sprachkurs-integration-volkshochschulen-streichen-100.html> [15.07.2025].

Stimmen aus der Praxis



Interview mit Dunya Elemenler & Kaan Orhon

BAG RelEx: Wie erlebt ihr den wachsenden Einfluss rechtspopulistischer Akteur*innen und die Normalisierung rechter Diskurse in eurem beruflichen Alltag? Gab es konkrete Angriffe oder Anfeindungen gegen euch oder euren Träger?

Kaan Orhon: Ja, definitiv, und das Phänomen ist auch nicht neu, sondern das geht schon viele, viele Jahre. Es ist jetzt einfach nur öffentlicher als früher, salonfähiger. Früher war es mehr hinter den Kulissen, dass Projekte angegriffen, kritisiert wurden, heute macht man es stärker öffentlich. Die Problematik ist schon ganz alt, also wir haben das schon vor Jahren erlebt, dass muslimisch gelesene Praktiker*innen in der Präventionsarbeit denunziert werden wegen vermeintlicher islamistischer Connections, da kommt dann nichts raus, aber der Schaden ist angerichtet. Wir erleben Kritik an vermeintlicher Steuergeldverschwendung für öffentlich geförderte Projekte im Bereich der Präventions- und Ausstiegsarbeit. Wir erleben Anfragen von der AfD, beispielsweise im NRW-Landtag zum Projekt *Wegweiser*. Also diese Strategien, um Präventionsarbeit im Bereich Islamismus, aber auch Rechtsextremismus spezifisch zu untergraben, die sind alt, nehmen aber an Intensität und an Öffentlichkeitswirkung definitiv zu in den letzten Jahren.

Dunya Elemenler: Also direkte Angriffe haben wir nicht erlebt, zum Glück. Wir sind aber auch noch ein junger Träger, machen erst im vierten Jahr Präventionsarbeit, bekommen aber auch schon die ganze Zeit immer wieder gesagt, dass wir aufpassen sollen in unserer Kommunikation nach außen, was wir wie teilen, wie wir unsere Arbeit machen, dass wir da bei allen Sachen hundertmal drübergehen, damit das

nicht irgendwo falsch verstanden werden kann. Was wir viel stärker mitbekommen, ist aus der Arbeit mit der Zielgruppe, dass dort sehr stark thematisiert wird, dass das belastend wirkt auf die jungen Frauen im Alter von 15 bis 25, mit denen wir arbeiten, die das sehr stark beschäftigt, und dass es seit zwei Jahren ungefähr ein sehr starkes Thema ist. Anfeindungen, die auch gerade diese Zielgruppe selbst in ihrem Alltag erfährt, gab es auch schon immer. Aber jetzt noch mal mehr, weil es von politischen Repräsentanten kommt und eine Normalisierung passiert, die die jungen Frauen und jungen Menschen, die es betrifft, noch mal viel stärker verängstigt. Das bekommen wir sehr stark mit.

BAG RelEx: Kannst du das vielleicht noch ein bisschen ausführen, also wie beeinflusst es eure Zielgruppen und beeinflusst oder erschwert dann auch dementsprechend eure Präventionsarbeit?

Dunya Elemenler: Zum Beispiel die ganze Remigrationsdebatte war für viele von unseren Teilnehmenden in den Mädchengruppen ein Thema, weil sie nicht verstanden haben, werde ich jetzt abgeschoben, darf ich hier überhaupt bleiben? Dann teilweise auch die Problematik in der Schule, wo Lehrer, die sich das vielleicht vorher nicht getraut hätten, jetzt sagen: Nicht alle Ausländer werden abgeschoben, wir brauchen ja noch ein paar zum Putzen. Also solche Aussagen wären vielleicht vor fünf Jahren so nicht getätigt worden, jetzt ist das überhaupt kein Problem mehr. Und die Mädchen sprechen das dann in den Gruppen an und versuchen sich auch gegenseitig zu vergewissern, dass das nicht in Ordnung gewesen ist, was sie gerade erlebt haben. Auch im Zuge der letzten Bundestagswahl war da eine große Verunsicherung.



Dunya Elemenler im Gespräch mit der BAG ReEx, 10. Juni 2025.

Die Gesprächskreise sind bei uns so aufgebaut, dass die jungen Frauen ihre eigenen Sorgen und Gedanken dort einbringen können. Sehr junge Mädchen im Alter von 14–15 Jahren, die dann fragen: „Hab ich hier in Deutschland überhaupt eine Zukunft?“. Und wir versuchen, ihnen zu zeigen, wo sie sich einbringen können, wo sie partizipieren können. Sie kriegen dann von unterschiedlichen politischen Repräsentanten noch Steine in den Weg gelegt, weil diese so undifferenziert sprechen, auch um Wählerstimmen zu bekommen oder aus anderen Interessen heraus. Was dann in unserer Zielgruppe die Skepsis gegenüber der Gesellschaft, ob sie überhaupt hier ein Teil sind, ob sie hier gewollt sind, noch mal verstärkt.

BAG ReEx: Kaan, du arbeitest überwiegend nicht in der Prävention, sondern im Bereich der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. Welche Erfahrungen machst du, wie wirkt sich der steigende Rechtspopulismus oder diese rassistischen Diskurse auf deine Zielgruppen und auch auf deine Arbeit aus?

Kaan Orhon: Also diese sogenannte Co-Radikalisierung ist ja ein Gegenstand der Forschung. Ich bin kein Wissenschaftler, aber aus einer Praktikerperspektive ist es, würde ich sagen, eine Tatsache, dass eben Narrative von rechtspopulistischer und islamistischer Propaganda ineinandergreifen und teilweise als Stichwortgeber füreinander fungieren. Die Rechtspopulisten sagen, ihr könnt hier nicht bleiben, weil wir euch nicht wollen, die Islamisten sagen, ihr könnt hier nicht bleiben, weil die euch nicht wollen. Dieser Begriff Ausreise, der in Deutschland ja sehr präsent geworden ist, bezogen auf den IS, der ist ja viel breiter. Islamistische Propaganda bringt immer wieder diese Idee von Hidschra, von Auswanderung auf. Man muss in vermeintlich islamisch regierte Länder oder Gebiete aus-

reisen. Das waren früher Syrien und der Irak. Das war zu anderen Zeiten Somalia, die al-Shabaab-Gebiete, jetzt finden wir das teilweise bei Leuten, die gerne in Afghanistan leben möchten, im Taliban-System. Der gemeinsame Nenner ist die Idee, dass Muslime – und da greife ich das auf, was Dunya über ihre Zielgruppe berichtet hat – in Deutschland keine Zukunft haben, und es sind halt zwei vorgeblich gegeneinander gerichtete Extremismen, die aber letzten Endes eben dasselbe bedienen. Nämlich diese Idee, Muslime gehören hier nicht her und müssen woanders hin. Die einen formulieren es als Drohung und die anderen als Chance. Aber letzten Endes wird dieselbe Idee propagiert.

Und tatsächlich finden sich auch Debatten um Zugehörigkeit, um Staatsbürgerschaft wieder. Dieser Gedanke, man ist als muslimische, migrantische Person, auch als deutscher Staatsbürger, eben nur Deutscher auf Widerruf oder Deutscher zweiter Klasse. Und das sehen wir beispielsweise in Diskursen darüber, ob man Leuten, die in Konfliktgebiete ausgereist sind, die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen oder nachträglich aberkennen kann. Und das sind eben auch Narrative, die in islamistischer Propaganda eine Rolle spielen.

BAG ReEx: Ihr seid beide für euren jeweiligen Arbeitskontext darauf eingegangen, dass diese Ausgrenzungserfahrungen gerade zunehmen und das Zugehörigkeitsgefühl abnimmt. Welche positiven Unterstützungsangebote könnt ihr da überhaupt entgegensetzen?

Dunya Elemenler: Was wir im Bereich der Primärprävention machen, ist, Räume zu schaffen, wo die jungen Frauen sich untereinander austauschen kön-

„Die Rechtspopulisten sagen, ihr könnt hier nicht bleiben, weil wir euch nicht wollen, die Islamisten sagen, ihr könnt hier nicht bleiben, weil die euch nicht wollen.“

nen, wo sie Gegennarrative schaffen können, wo sie, wie bei dem Beispiel mit der Lehrerin, ansprechen können, dass ihnen so etwas passiert ist. Und dann ist da eine andere Person, die sagt, das ist falsch gewesen. Und dass dadurch gesehen wird: Das, was mir passiert ist, ist Diskriminierung, das war nicht in Ordnung, und ich kann vielleicht auch was dagegen machen. Und man geht dann als Gruppe z. B. zu einer Beratungsstelle. Und auch wenn es vielleicht am Ende bei der Lehrerin nichts bewirkt, ist zumindest die Erfahrung des jungen Menschen, dass er oder sie sieht, in dieser Gesellschaft gibt es Mechanismen, die da gegenwirken, es gibt immer noch einen Platz für mich hier.

Darüber hinaus bieten wir auch gezielt Workshops zu Demokratieförderung an, um zu zeigen, da sind Möglichkeiten, wo sich die Mädchen jetzt schon einbringen können. Dass sie in Kontakt mit politischen Repräsentanten auf lokaler Ebene kommen, dass sie sehen, der kommt jetzt zu mir hier hin, um mit mir zu sprechen. Die jungen Menschen werden in diesen Diskursen quasi als Deutsche zweiter Klasse behandelt. Durch die Mädchengruppen haben sie einen Halt innerhalb dieser Gesellschaft, weil diese Gruppen ja nicht als ein Ort außerhalb der Gesellschaft wahrgenommen werden, sondern als eine Tür in die Gesellschaft rein dienen. Wir hatten z. B. ein junges Mädchen, das das Abitur abgebrochen hat, weil die Diskriminierung an der Schule einfach zu stark gewesen ist, aber über die Zusammenarbeit mit einem SMF-Standort hat sie dann einen Ausbildungsplatz bekommen. Meistens können es ja wirklich so fundamentale, ungestillte Bedürfnisse sein, dass sie keinen Job haben, dass sie keine Schulausbildung haben, und das kann sich dann alles hochschaukeln, sozusagen, zu einer Radikalisierung. Wir können durch diese einfachen Angebote

sichere Räume schaffen, Austauschräume, wo sie sich gegenseitig wieder stärken können und auch wieder sehen können, es gibt hier auch andere Möglichkeiten, aktiv zu sein.

Unser Projekt wird öffentlich gefördert, und wir haben die Erfahrung gemacht, dass junge Mädchen dann gesehen haben: Ich habe einen Wert für diese Gesellschaft, dass das für mich hier finanziert wird. Das darf man wirklich nicht unterschätzen, was das bewirken kann für so einen jungen Menschen.

Kaan Orhon: Es ist absolut die gleiche Dynamik, wie Dunya es gesagt hat. Es geht um Bedürfnisse und es geht immer um emotionale Zugänge, also zu sehen, was bedeutet Rechtsstaat in der Praxis? Was bedeutet Demokratie in der Praxis? In der Tertiärprävention, der Ausstiegsarbeit, geht es ja um Leute, die schon straffällig geworden sind, mindestens aber „negativ“ auffällig waren. Da geht es dann um den Aspekt der zweiten Chance, dass der Staat einen beispielsweise aus ausländischen Konfliktgebieten zurückholt, dass es ein Netzwerk von verschiedenen Akteuren gibt, das einen unterstützt. Das macht was mit diesen Menschen.

Es ist sehr wichtig, dass sich um Menschen, die aus extremistischen Strukturen aussteigen, gekümmert wird, jedes Einzelschicksal zählt. Aber das ist zahlenmäßig ein viel zu geringes Personenpotenzial, als dass sich das gesamtgesellschaftlich bemerkbar macht. Gesellschaftlichen Einfluss kann nur die Primärprävention haben, dass wir im Idealfall die Leute gar nicht erst verlieren an solche Akteure. Allgemein ist auf allen Ebenen Verlässlichkeit wichtig. Diese Überzeugung, da ist jemand für mich da, ich bin nicht alleine, mir hilft jemand, und diese Struktur ist verlässlich.

„Nur weil man sich ausgegrenzt fühlt, radikalisiert man sich ja nicht direkt, aber diese jungen Menschen entwickeln andere Probleme, seien es Depressionen, seien es Ängste, die sie haben, oder sie könnten Deutschland den Rücken kehren.“

„Anfeindungen, die auch gerade diese Zielgruppe selbst in ihrem Alltag erfährt, gab es auch schon immer. Aber jetzt noch mal mehr, weil es von politischen Repräsentanten kommt und eine Normalisierung passiert, die die jungen Frauen und jungen Menschen, die es betrifft, noch mal viel stärker verängstigt.“

Viele Sachen sind durch Förderstrukturen nicht nachhaltig genug. Also ja, wir machen das jetzt, aber ich kann dir noch nicht garantieren, ob wir in zwei Jahren immer noch da sind.

BAG RelEx: Dunya, du arbeitest für einen muslimischen Träger. Hast du das Gefühl, dass du und deine Kolleg*innen dadurch auf Vorurteile stoßt oder anders behandelt werdet?

Dunya Elemenler: Also bisher noch nicht explizit, also nicht so, dass ich mich angemeldet oder beworben hätte, um z. B. bei einer Tagung zu sprechen oder einen fachlichen Beitrag zu einer Zeitschrift zu leisten, dass man irgendwie anders behandelt wurde. Wir kämpfen halt ständig um unsere Weiterförderung, werden auch immer weiter gekürzt und müssen quasi jeden Cent doppelt umdrehen und rechtfertigen. Es wird immer komplizierter, sodass die Arbeit am Ende auch erschwert wird.

Was aber auch ein Thema ist: Wir sind sehr vorsichtig, Personen, die aus der Tertiärprävention kommen, also die radikalisiert waren oder sich in der Deradikalisierung befinden, in unsere Gruppen aufzunehmen. Nicht nur, weil sie die anderen Teilnehmenden beeinflussen könnten, sondern auch weil wir Unterstellungen vermeiden möchten. Ein weiteres Problem ist, wir haben nicht die Freiheit, auf beliebig alle möglichen muslimischen Organisationen zuzugehen oder mit ihnen zusammenzuarbeiten. Weil wir nicht mit problematischen Personen und Gruppen in Verbindung gebracht werden möchten. Also, wir sind da wirklich extrem vorsichtig.

BAG RelEx: Was bräuchte es aus eurer Perspektive, damit eure Arbeit trotz des zunehmenden rechts-populistischen Einflusses wirksam sein kann – von der Gesellschaft, der Politik, aber auch von Förderstrukturen?

Kaan Orhon: Also der erste Aspekt ist Langfristigkeit. Aktuell gibt es die Problematik, dass Verträge auf Jahresbasis unterschrieben werden. Das macht die Arbeit in unserem Bereich unattraktiv für fähige neue Leute, und das führt dazu, dass Leute den Arbeitsbereich verlassen. Das System ist für mich so auf keinen Fall dauerhaft aufrecht haltbar, das muss sich meiner Ansicht nach dringend ändern.

Das Finanzielle ist in der Tertiärprävention tatsächlich gar nicht mal unbedingt die erste Frage, aber auch dort gibt es die Problematik: Wie wird mit muslimisch gelesenen Menschen in diesem Themenfeld umgegangen? Wie wird auch mit muslimischen zivilgesellschaftlichen Strukturen umgegangen? Also der zweite Aspekt ist die öffentliche Wahrnehmung, ein Bekenntnis zur Wichtigkeit dieser Arbeit, aber auch spezifisch zu den Akteuren, die sie machen, hauptberuflich und ehrenamtlich. Ich komme gerade aus einem Meeting, wo unter anderem gefragt wurde, wie man lokale Gemeinschaften bei Reintegrationsprozessen von ehemaligen ausländischen Kämpfern aktivieren kann. Es ist zwar schön und gut, wenn man sagt, dass das wichtig ist. Wenn man aber gleichzeitig öffentlich kein Bekenntnis zu den Gemeinschaften abgibt, sondern die dann mit dem Fallout leben müssen „die Moschee in der XY Straße ist ein bekannter Treffpunkt für IS-Rückkehrer“, dann wird das aus

Selbstschutz nicht funktionieren und das ist auch verständlich. Und um noch mal auf die öffentliche Wahrnehmung zurückzukommen: Es wäre wünschenswert, dass die staatlichen Akteure, die diese Art von Arbeit fördern, sich auch schützend vor die Praktiker*innen stellen. Wenn die Leute öffentlich angegriffen werden und der Ruf beschädigt wird, dann wird im Zweifelsfall auch eine Gehaltserhöhung die Leute nicht in diesem Themenfeld halten, weil das eine das andere nicht aufwiegt. Also es ist für mich nicht nur eine Frage von Förderung im monetären Sinne, sondern auch Förderung im Sinne von Anerkennung und Bekenntnis zur Bedeutung dieser Arbeit.

Dunya Elemenler: Also ich kann mich bei einigen Sachen anschließen, aber ich denke, wir brauchen gesicherte und nachhaltige Förderungen, damit die Strukturen verstetigt und ausgebaut werden können. Einfach auch, um Sicherheit für die Zielgruppe zu schaffen. Wenn man ein Jahr mit Jugendlichen gearbeitet hat, dann hat sich ein Vertrauensverhältnis gebildet, und wenn das wegbricht, dann hat man vielleicht einen tollen Impuls gesetzt, aber vielleicht auch nicht viel mehr. Das Gleiche gilt auch für die Elternarbeit, die wir als wichtiges Standbein im Projekt inkludiert haben: Dadurch, dass es keine Sicherheit gibt, was die Projektförderung angeht, wechseln auch die Mitarbeitenden und damit auch die Vertrauenspersonen, was negativ hinzukommt. Deswegen brauchen wir insbesondere auf der finanziellen Seite die strukturelle Sicherheit, dass diese Arbeit auch langfristig finanziert werden kann und nicht nur an spezifischen Orten, sondern dass es eine flächendeckende, offene Jugendarbeit gibt, dass es nicht unter dem Titel „Präventionsarbeit“ oder „Radikalisierungsprävention“ oder „Islamismusprävention“ benannt ist, sondern einfach ein Jugendtreff, der offen für alle ist, und dass junge Menschen einfach dort hinkommen können, ohne dass sie denken, wenn ich jetzt zu dieser Mädchengruppe gehe, dann habe ich dieses Stigma. Wir äußern das nicht so stark nach außen, dass das über diesen Topf gefördert wird, es ist im Titel von unserem Projekt, wir kommen nicht drum herum. Aber Sprache ist nun mal auch ein sehr wichtiger Faktor, der in den politischen Diskursen sehr rücksichtslos auf dem Rücken von diesen jungen Menschen ausgetragen wird. Das wäre eine Forderung an die Politik, dass man darüber nachdenkt, was für Auswirkungen das hat. Co-Radikalisierung war eben ein Stichwort, aber selbst, wenn es nicht dazu kommt, dann sind es trotzdem junge Menschen, die ausgegrenzt werden aus der Gesellschaft. Nur weil man sich ausgegrenzt

fühlt, radikalisiert man sich ja nicht direkt, aber diese jungen Menschen entwickeln andere Probleme, seien es Depressionen, seien es Ängste, die sie haben, oder sie könnten Deutschland den Rücken kehren.

Und da braucht es Orte, wo sie aufgefangen werden, ohne bewertet zu werden. Also außerhalb der Schule, weil Schule gerade für unsere Zielgruppe von muslimisch gelesenen Menschen kein Ort ist, wo sie sich einfach äußern und frei entfalten können, weil sie auch dort ständig bewertet werden. Aber nicht nur unsere Zielgruppe, ich glaube, junge Menschen grundsätzlich brauchen Orte, wo sie sich bewertungsfrei austauschen, ihre Gedanken und Ideen weiterentwickeln können. Das braucht es noch viel mehr, dass sie auch auf der emotionalen und der sozialen Ebene aufgefangen werden und da auch für voll genommen werden. Da braucht es noch viel mehr Möglichkeiten, Strukturen in dem Bereich.

Kaan Orhon: Da ist ein ganz wichtiger Aspekt mit drin. Diese Frage nach gegenseitiger Beeinflussung und Co-Radikalisierung ist absolut richtig und wichtig, im Kopf zu behalten. Die Problematik ist teilweise, dass eben durch das Bewusstsein für diese Dynamik, auch durch Präventionsprojekte, teilweise transportiert wird, dass man beispielsweise antimuslimischen Rassismus oder Stigmatisierung von Muslimen thematisiert, weil es ein Treiber von Radikalisierung ist. Nicht kausal verantwortlich, aber definitiv schon ein Faktor. Nur: Selbst wenn es das nicht wäre, müsste es trotzdem angegangen werden. Also da gibt es so ein Ungleichgewicht – bei Islamismusprävention wird vorausgesetzt, dass das ein Zweck an sich ist und antimuslimischer Rassismus wird teilweise an diesen Aspekt von islamistischer Radikalisierung gekoppelt: Wenn wir dagegen nichts machen, dann radikalisiert sich womöglich junge, muslimisch gelesene Menschen. Das bringt schon so ein Ungleichwertigkeitsgefühl mit sich: „es wird was gemacht, aber nur damit ich nicht so frustriert bin, dass ich radikal werde“, überzogen formuliert. Und das ist sehr problematisch, weil das sinngemäß transportiert: Das Problem für sich allein wäre nicht so wichtig, wenn die Leute es „still ertragen“ würden, dann müssten wir nichts machen. Aber weil sie deswegen radikal werden könnten, müssen wir das Problem auch thematisieren. Das ist etwas, wo ich sagen würde, es ist besser geworden, es ist nicht komplett weg. Und ich als selbst betroffene Person von antimuslimischem Rassismus nehme das sogar als Praktiker als problematisch wahr. Dafür müsste vielleicht auch noch

mehr Sensibilität in öffentlicher Wahrnehmung und öffentlichem Diskurs geschaffen werden.

Dunya Elemenler: Eine Sache wäre mir noch wichtig. Dieses Gefühl, allein zu sein, ist ja grundsätzlich in der Adoleszenz stark vorhanden, und durch diese Art des Diskurses, den Rechtsruck, den du angesprochen hast, wird das noch mal verstärkt durch diese Normalisierung, dass diese Gesellschaft gegen sie ausgerichtet ist. Und das Vertrauen in Staat und Demokratie, das, was wir versuchen, zu stärken, gerät dadurch ins Wanken, durch die letzten Bundestagswahlen, durch die Debatten, die jetzt konstant geführt werden. Und dass zum einen die politischen Repräsentanten ihre Verantwortung sehen müssen und zum anderen, dass Räume geschaffen werden für Jugendliche und dass nicht einfach davon ausgegangen werden kann, dass sie schon von allein irgendwie ihren Weg finden, sondern dass sie wirklich Angebote brauchen, flächendeckend, zielgruppenorientiert, ressourcenorientiert. Dass sie nicht, wie Kaan das eben beschrieben hat, nur als Problem behandelt werden, sondern als positiv und wertvoll für unsere Gesellschaft. Das ist die Sprache, die wir brauchen, und der Ansatz.

BAG RelEx: Danke euch für das Gespräch. ■

Dunya Elemenler

Dunya Elemenler leitet seit 2021 das Projekt „Frauen stärken Frauen – gegen Radikalisierung“ beim Sozialdienst muslimischer Frauen e. V. Zuvor war sie in verschiedenen Funktionen in Migrantenorganisationen tätig. Sie ist Diplom-Politologin und hat 2025 ihre Promotion im Bereich Gender Studies an der Philipps-Universität Marburg abgeschlossen. Seit fünf Jahren engagiert sie sich ehrenamtlich als Vorsitzende der Christlich-Islamischen Gesellschaft für interreligiöse und interkulturelle Verständigung.

Kaan Orhon

ist Islamwissenschaftler und bereits seit 2015 in der zivilgesellschaftlichen Angehörigen- und Ausstiegsberatung im Bereich Islamismus tätig. Er arbeitet bei dem in Berlin ansässigen Träger „Grüner Vogel e. V.“ Er ist Gründungsmitglied und war von 2019–2023 Präsident des Rates muslimischer Studierender und Akademiker (RAMSA). Von 2016–2024 war er aktives Mitglied des Radicalisation Awareness Network (RAN) der EU-Kommission. Kaan Orhon ist zudem ständiges Mitglied der Fachgruppe Christen und Muslime der Evangelischen Kirche im Rheinland und engagiert sich im interreligiösen Dialog.

Das Interview wurde gekürzt und zur besseren Lesbarkeit lektoriert, Anm. d. Redaktion.

Präventionsarbeit im Kontext polarisierter Debatten

41 Psychische Belastungen, islamistische Radikalisierung
und Flucht: Distanzierungsarbeit zwischen
Stigmatisierung und Differenzierung

48 Reziproke Radikalisierung? Zur strategischen
Instrumentalisierung antimuslimischer Diskurse
durch Akteure aus dem Umfeld der Hizb ut-Tahrir

54 Von Fake News zu Hass: Wie Verschwörungserzählungen
antimuslimische, antisemitische und
rechtspopulistische Narrative verstärken



Psychische Belastungen, islamistische Radikalisierung und Flucht

Distanzierungsarbeit zwischen Stigmatisierung und Differenzierung

Dr. Vera Dittmar, Alexander Gesing,
Anja Herrmann, Dr. Anja Joest

Der öffentliche und politische Diskurs um Islamismus und islamistischen Terror ist häufig von vereinfachenden Zuschreibungen und als deterministisch dargestellten Zusammenhängen geprägt. Dabei werden bspw. Geflüchtete und psychisch Erkrankte als homogene Risikogruppen dargestellt – eine Vereinfachung, welche die komplexen individuellen und sozialen Kontexte sowie die Bedeutung der Ideologisierung ausblendet.

Der vorliegende Artikel geht der Frage nach, inwiefern psychische Belastungen und Fluchterfahrungen eine Radikalisierung begünstigen können, obwohl beide Aspekte keine Ursachen von Radikalisierung sind.

Dies ist notwendig, um wirksame Präventions- und Beratungsangebote in Bezug auf Islamismus anbieten zu können. Denn hier ist eine differenzierte Betrachtung der betroffenen Personen und der ihnen zugeschriebenen sozialen Kategorien wesentlich. Daher werden in diesem Artikel die komplexen Wechselwirkungen zwischen Fluchterfahrungen, psychischen Belastungen und Extremismus vorgestellt.¹

Psychische Belastungen, Erkrankungen und Traumata als Risikofaktoren für Radikalisierung

Ob bzw. inwiefern psychische Faktoren innerhalb einer Radikalisierung eine Rolle spielen können, wird bereits seit den 1970er-Jahren diskutiert (Berg & Mücke, 2025). Unumstritten ist, dass die psychische Verfasstheit nicht der alleinklärende Kausalfaktor innerhalb einer Radikalisierung ist. Was jedoch die Überschneidung von psychischen Erkrankungen und einer Hinwendung zu extremistischen Einstellungen anbelangt, so ist die Datenlage bis heute relativ dünn (Gill et al., 2021) und weist einige Limitationen auf (Rau et al., 2024). Inwieweit die psychische Verfasstheit eine Radikalisierung begünstigt und inwiefern dies Implikationen für den Deradikalisierungsprozess beinhaltet, unterscheidet sich individuell. **Dass** die individuelle psychische Gesundheit jedoch einen Einfluss auf den Radikalisierungsprozess hat, ist gesichert anzunehmen, es bleibt aber zu ermitteln, wie groß dieser Einfluss im Einzelfall ist. Hierbei müssen sowohl Risikofaktoren als auch protektive Faktoren betrachtet werden, genau wie der aktuelle psychische Gesundheitszustand. Und es muss mitgedacht werden, dass Menschen mit extremistischen Einstellungen nicht entweder psychisch krank oder gesund sind, sondern sich auf einem Kontinuum psychischer Gesundheit befinden (Corner & Gill, 2015). Allroggen et al. (2021) zufolge sind zudem bestimmte psychische Störungen mit einem erhöhten Risiko für gewalttätiges Verhalten assoziiert, insbesondere schizophrene, wahnhaftige Störungen oder narzisstische, paranoide oder dissoziale Persönlichkeitsstörungen. Daher

¹ Dieser Artikel steht notwendigerweise in einem Spannungsfeld, in dem einerseits die Komplexität des Themas anerkannt wird, die einzuhaltende Textlänge andererseits Kürzungen notwendig macht.

könnten diese zumindest den gewaltausübenden Teil einer extremistischen Radikalisierung begünstigen.

In der klinischen und beraterischen Praxis ist diese Einschätzung jedoch häufig sehr kompliziert, beispielsweise wenn wahnhafte Episoden auftreten, die eine religiös-rigide bis extremistische Konnotation aufweisen. Dennoch bedeuten die dargelegten Erkenntnisse, dass das Thema psychische Gesundheit in der Fallarbeit sowohl mit Primär- als auch mit Sekundärbetroffenen dringend im Blick behalten werden muss und dass dabei die Bedeutung psychischer Erkrankungen im Kontext einer Radikalisierung weder über- noch unterschätzt werden darf.

Wenn man sich mit der Rolle psychischer Belastungen und Erkrankungen im Rahmen eines Radikalisierungsprozesses beschäftigt, müssen zudem Fluchterfahrungen in die Betrachtung einbezogen werden. Denn in der Radikalisierungsforschung wird davon ausgegangen, dass Geflüchtete sowohl eine besondere Vulnerabilität für extremistische Ansprachen (Abou-Taam, 2018a) als auch für psychische Auffälligkeiten haben. Studien zeigen eine signifikant erhöhte Prävalenz psychischer Erkrankungen in dieser Gruppe (Höhne, 2022), wobei die Gründe hierfür vielfältig und multifaktoriell sind.

Fluchtbiografien beinhalten oft potenziell traumatisierende Erlebnisse – sowohl im Vorfeld als auch auf und nach der Flucht (Keller & Hajji, 2021). Im Aufnahmeland wirken Perspektivlosigkeit, die Lebensbedingungen in Gemeinschaftsunterkünften und der fehlende Zugang zum Arbeitsmarkt als zusätzliche Stressoren. Zudem sind Geflüchtete stärker von sozialer Isolation und Einsamkeit betroffen (Eckhard & Siegert, 2024). Aber auch gesellschaftliche und politische Dimensionen nehmen Einfluss: Denn viele Geflüchtete sind in ihrem Alltag häufig durch (antimuslimischen) Rassismus und Diskriminierung belastet (Stichs & Pfündel, 2023). Diese Rassismuserfahrungen korrelieren mit einem schlechteren Gesundheitszustand (Paradies et al., 2015) sowie einem erhöhten Risiko für affektive und psychotische Störungen (u. a. Henssler et al., 2020). Besonders folgenreich ist der Verlust von Selbstwirksamkeit (Uslucan & Yalcin, 2012). Darüber hinaus kann es auch zu einer Wechselwirkung zwischen Rechtspopulismus und Islamismus kommen, da rechtspopulistische Anfeindungen, denen Geflüchtete ausgesetzt sind, eine Abkapselung hervorrufen können, die einen Radikalisierungsprozess begünstigen kann (Abou-Taam, 2018b).

Schließlich steht dem erhöhten Bedarf an psychosozialen Hilfen unter Geflüchteten ein in mehrfacher Hinsicht eingeschränkter Zugang zur Versorgung gegenüber (Rau et al., 2020). Zentrale strukturelle Barrieren sind Kapazitätsengpässe im Versorgungssystem (BAfF, 2024), damit verbundene lange Wartezeiten und Sprachbarrieren. Zudem definiert das für die ersten 36 Monate nach der Flucht geltende Asylbewerberleistungsgesetz für Geflüchtete im Asylverfahren Psychotherapie nicht als regelhaft zu bewilligende Leistung, sondern die Bewilligung der Therapie unterliegt behördlichem Ermessen (BAfF, 2024) und wird in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich gehandhabt (BAfF, 2021). Zwar sind zum Ausgleich dieser strukturellen Benachteiligungen Institutionen wie die Psychosozialen Zentren gegründet worden, diese können den Bedarf aber nicht decken. Zumal viele Geflüchtete nur unzureichend über bestehende Versorgungsangebote, deren Zugangswege und Finanzierungsmöglichkeiten informiert sind (Dittmar et al., 2023).

Folge dieser Herausforderungen und nicht gedeckten Bedarfe können Gefühle der Ohnmacht, Enttäuschung, Wut und Entfremdung sein – Emotionen, die sozialen Rückzug begünstigen können (Eckhard & Siegert, 2024) und im Extremfall eine Hinwendung zu radikalisierten Gruppierungen fördern. Denn solche Gruppierungen greifen diese Emotionen ideologisch auf, deuten sie um und politisieren sie (Lautz et al., 2024) und bieten somit eine scheinbar kohärente Deutungsstruktur an: Der islamistische Extremismus interpretiert individuelle Erfahrungen von Ungerechtigkeit im Rahmen eines kollektiven Narrativs struktureller Unterdrückung und verspricht zugleich eine neue Form von Würde und Handlungsfähigkeit (ebd.). Eine Radikalisierung kann somit als subjektiv sinnvolle Entlastung von individuellen Belastungen empfunden werden, gerade auch im Zusammenhang mit einer psychischen Erkrankung.

Insofern können die aufgezeigten ungünstigen Umstände im Aufnahmeland, die u. a. daraus resultieren, dass nur sehr geringe Ressourcen in die Integration geflüchteter Menschen investiert werden, unter Umständen Radikalisierungsprozesse fördern. Zu diesem Ergebnis kommt auch Neumann (2024), wenn er feststellt, dass es bei den islamistisch motivierten terroristischen Gewalttaten eine deutlich erhöhte Zahl von Täter*innen mit Fluchtgeschichte gibt. Zwischen Januar 2016 und September 2024 haben 45 in Deutschland wohnhafte Personen versucht, einen

„Insofern können die aufgezeigten ungünstigen Umstände im Aufnahmeland, die u. a. daraus resultieren, dass nur sehr geringe Ressourcen in die Integration geflüchteter Menschen investiert werden, unter Umständen Radikalisierungsprozesse fördern.“

dschihadistischen Anschlag durchzuführen. Davon waren zum Zeitpunkt der Tat oder der Anschlagsplanung 90 % Geflüchtete oder Asylbewerber. Da sich darüber hinaus über diese Gruppe der Geflüchteten in der islamistischen Szene keine belastbaren Daten finden lassen und 83 % der Fälle keine (öffentlich bekannte) Auffälligkeit für eine extremistische Gesinnung vor der Einreise nach Deutschland hatten, unterstützt dies die Annahme, dass sich die Personen erst in Deutschland islamistischen Ideologien zugewendet haben.

Förderung psychischer Gesundheit als Bestandteil der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit

Psychische Belastungen spielen regelmäßig bei Radikalisierungsprozessen eine Rolle. Insofern sind sie ebenso für die Deradikalisierung von Bedeutung und ein Ansatzpunkt für die Beratungsstellen der Tertiärberatung.

Hierzu werden vielfältige Beratungsansätze (u. a. systemische, gestalttherapeutische sowie Mixed Methods) verwendet, aber gerade die systemische Beratung hat sich als ein zentraler Ansatz erwiesen (Schurbohm & Oehlmann, 2025; Dittmar, 2023). Auch Psychoedukation und Stabilisierungs- und Gesprächsführungstechniken haben sich in der psychosozialen Arbeit der Beratungsstellen bewährt.

Die niedrigschwelligen Maßnahmen können auch bei Klient*innen mit psychischen Belastungen mit Krankheitswert eingesetzt werden, sofern die Art und Schwere der Belastung neben der indizierten Psychotherapie zur Behandlung dieser eine weitere Beratung und damit Deradikalisierungsarbeit zulassen. Da der Zugang zu Beratungsstellen deutlich niedrigschwelliger ist als der Zugang zu einer psychotherapeutischen

Behandlung, kann die Beratung auch ein erster Schritt in Richtung Psychotherapie sein (Herrmann & Dittmar, 2025). Neben der Niedrigschwelligkeit bietet sie zudem den Vorteil, dass sie in Dauer und Methodik flexibel ist, was die Arbeitsbeziehung und die Wirkung stärken kann.

Die Beratungsarbeit mit geflüchteten Menschen kann jedoch eine große Herausforderung darstellen. So hat die große Heterogenität der Zielgruppe in Bezug auf Sprache, Kultur, Asylstatus oder Perspektive zentrale Implikationen für eine Beratungsbeziehung und ihre Wirkung im Distanzierungsprozess. Da gerade bei allein reisenden Personen wenige Bezugspersonen vorhanden sind, ist häufig auch nur eine sehr verringerte Umfeldarbeit möglich (Eckhard & Siegert 2024). Darüber hinaus resultieren aus der Fluchtbiografie unter Umständen besondere Multiproblemlagen (Substanzabhängigkeit, Trauma, Gewalt etc.). Dazu kommen weitere fallspezifische Besonderheiten wie das Arbeiten in kulturellen Communitys mit eigenen Werte- und Verhaltensordnungen, die Arbeit mit Angehörigen, die noch Teil von terroristischen Organisationen im Ausland sind, oder mit Täter*innen und Personen, die sich als Opfer definieren. Diesen Herausforderungen begegnen Beratungsstellen, indem sie Mitarbeitende mit besonderen Sprach- und Kulturkenntnissen einstellen, Fort- und Weiterbildungen (bspw. im Asylrecht) besuchen, die Professionen durch das Einstellen von Psycholog*innen und (Trauma-)Therapeut*innen erweitern und Projektmaßnahmen an die Zielgruppe anpassen.² Und auch die lokale und

² Die Fach- und Beratungsstelle Islamismus und Flucht im Beratungsnetzwerk Grenzgänger bietet z. B. verschiedene Angebote in Geflüchtetenunterkünften des Landes NRW an.

„Fluchtbiografien beinhalten oft potenziell traumatisierende Erlebnisse – sowohl im Vorfeld als auch auf und nach der Flucht. Im Aufnahmeland wirken Perspektivlosigkeit, die Lebensbedingungen in Gemeinschaftsunterkünften und der fehlende Zugang zum Arbeitsmarkt als zusätzliche Stressoren.“

regionale Netzwerkarbeit – mit Trauma-Ambulanzen, Psychosozialen Zentren, Beratungsstellen und Psychotherapeut*innen sowie weiteren Institutionen – ist von großem Wert für die Arbeit mit Menschen mit Fluchtgeschichte.

Fazit

Die Frage nach den Zusammenhängen zwischen Flucht, psychischer Erkrankung und islamistischem Extremismus bedarf einer differenzierten Analyse. Die Lebensumstände vieler geflüchteter Menschen erweisen sich als sehr heterogen, herausfordernd und können im Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren eine Vulnerabilität für eine islamistische Radikalisierung begünstigen. Denn Radikalisierung entsteht oft aus Mangel an Zugehörigkeit, Sinn oder Handlungsfähigkeit, und diese Ausgrenzungserfahrungen werden seitens der islamistischen Akteure gezielt ausgenutzt. Eine erfolgreiche Präventionsarbeit kann die individuelle Resilienz und Selbstwirksamkeit besonders bei jungen Menschen stärken – beispielsweise durch partizipative Bildungsformate, peer-basierte Ansätze, Selbstreflexion und Schutzräume. Auch wenn es stark nach Herkunft, Fluchterfahrungen, Aufnahmekontext und individuellen Faktoren variiert, weisen Geflüchtete durchschnittlich eine höhere Prävalenz für psychische Erkrankungen auf. Damit können bei Geflüchteten sowohl direkte Faktoren wie Lebenserfahrungen und -umstände als auch indirekte Faktoren – insbesondere die erhöhte Prävalenz psychischer Erkrankungen – im Zusammenspiel verschiedener Einflüsse eine Vulnerabilität für islamistische Radikalisierung begünstigen. Zu den weiteren Einflüssen zählen beispielsweise Erfahrungen von individueller, kollektiver und struktureller Ausgrenzung und Diskriminierung. An dieser Stelle kommt es auch zu einer Wechselwir-

kung zwischen negativ verallgemeinernden medialen, politischen und damit auch gesellschaftlichen Diskursen über Islamismus, Muslim*innen, Geflüchtete und psychisch Erkrankte auf der einen und deren Instrumentalisierung durch islamistische Akteure auf der anderen Seite.

Gerade die Resilienzfaktoren dürfen dabei nicht übersehen, sondern müssen gestärkt werden: Die meisten Menschen mit Fluchterfahrungen und psychischen Belastungen entwickeln erfolgreiche Bewältigungsstrategien und wenden sich nicht radikalen Ideologien zu. Denn letztlich bleibt die ideologische Überzeugung ein zentraler Faktor für extremistisch motivierte Handlungen, und diese wird nicht per se durch psychische Belastungen verursacht. Eine psychopathologische Betrachtung allein greift also zu kurz. Denn auch wenn therapeutische Angebote notwendig sein können, ersetzen sie nicht die Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen islamistischer Radikalisierung in der Distanzierungsarbeit.

Um Geflüchteten besseren Zugang zu psychosozialer und psychotherapeutischer Versorgung zu ermöglichen, sind systematische Verbesserungen dringend nötig. Dazu gehören niederschwellige, aufsuchende und kultursensible Angebote mit Sprachmittlung sowie der Abbau bürokratischer Hürden. Auch eine engere Vernetzung psychosozialer Begleitung mit anderen Professionen ist unerlässlich. Fachkräfte in Sozialarbeit, Gesundheitswesen, Schule, Verwaltung und Polizei benötigen gezielte Fortbildungen zu psychischen Belastungen, Radikalisierung und Mehrfachdiskriminierung.

Islamismusprävention stößt an Grenzen, wenn strukturelle Ausgrenzung und Marginalisierung fortbestehen. Der Abbau von Barrieren zu Gesundheit, Recht,

Bildung und Arbeit ist grundlegend. Gleichzeitig müssen die Folgen von institutioneller Diskriminierung und antimuslimischem Rassismus benannt und ihnen begegnet werden. Prävention sollte also nicht primär sicherheitspolitisch, sondern als inklusiver gesellschaftlicher Auftrag verstanden werden. ■

Dr. Vera Dittmar

Dr. Vera Dittmar leitet die Forschungsstelle Deradikalisierung (FORA) als wissenschaftliche Begleitung der Beratungsstelle Grenzgänger (IFAK e. V.) in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Zudem ist sie Forschungsreferentin bei KN:IX connect. Ihre Themen sind systemische Beratung zur Distanzierung, Einsamkeit in Beratungsprozessen und Kinder von IS-Rückkehrerinnen.

Anja Herrmann

Anja Herrmann ist Sozialwissenschaftlerin und seit 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstelle Deradikalisierung (FORA), welche die Projekte des Beratungsnetzwerks Grenzgänger mit wissenschaftlicher Praxisforschung begleitet. Seit 2025 arbeitet sie darüber hinaus bei KN:IX connect | Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung.

Dr. Anja Joest

Anja Joest hat in Politikwissenschaften promoviert. Als Autorin für Unterrichtsmaterialien hat sie zahlreiche Beiträge, Broschüren und einen Ratgeber für Lehrer*innen zum Thema Extremismus veröffentlicht. Nach mehreren Jahren als Bildungsreferentin bei Grenzgänger und einer Mitarbeit bei EVOLUO wechselte sie Anfang des Jahres zu KN:IX connect | Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung.

Alexander Gesing

Alexander Gesing studierte Soziale Arbeit und Sozialwissenschaften. Nach Stationen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Forschung ist er aktuell stellvertretende Projektleitung beim Beratungsnetzwerk Grenzgänger und trägt die Projektverantwortung für die Fach- und Beratungsstelle Islamismus und Flucht.

Literatur

Abou-Taam, Marwan (2018a). Radikalisierung und Prävention bei Flüchtlingen. Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen von: <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/270965/radikalisierung-und-praevention-bei-fluechtlingen/> [11.06.2025].

Abou-Taam, Marwan (2018b). Stellungnahme zur Anhörung am 26. April 2018 „Gewaltbereiter Islamismus und Radikalisierungsprozesse“. Deutscher Bundestag. Abgerufen von: <https://www.bundestag.de/resource/blob/554248/e36f46efa6ec-52c32c8e32137dcd9e92/19-25-237-data.pdf> [11.06.2025].

Allroggen, Marc; Heimgartner, Anna, Rau, Thea & Fegert, Jörg M. (2021). Radikalisierungsprozesse wahrnehmen – einschätzen – handeln: Grundlagenwissen für Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen. 2. Auflage. Ulm: Universitätsklinikum Ulm.

BAfF (Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V.) (2021). Identifizierung besonderer Schutzbedürftigkeit. Abgerufen von: https://www.baff-zentren.org/themen/versorgung-bedarf/hintergrund-versorgung-bedarf/identifizierung-besonderer-schutzbeduerftigkeit/#_ftn [14.07.2025]

BAfF (Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V.) (2024). Flucht & Gewalt. Psychosozialer Versorgungsbericht 2024. Abgeru-

fen von: https://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2024/06/BAfF_VB2024_web_01.pdf [11.06.2025].

Berg, Annika & Mücke, Thomas (2025). Zwischen Pathologisierung und differenzierter Betrachtung eines Phänomens: Ein Diskussionsbeitrag zum Verhältnis von Psychologie, Radikalisierung und Distanzierungsarbeit. In: Vera Dittmar & Thomas Mücke (Hrsg.), *Psychische Belastungen bei Klient*innen der Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit*. Wiesbaden: Springer VS, im Erscheinen.

Corner, Emily & Gill, Paul (2015). A false dichotomy? Mental illness and lone-actor terrorism. *Law and Human Behavior*, 39(1), 23–34.

Dittmar, Vera (2023). Systemische Beratung in der Extremismusprävention. Theorie, Praxis und Methoden. Stuttgart: Kohlhammer.

Dittmar, Vera; Herrmann, Anja; Joest, Anja & Gesing, Alexander (2023). Zwischen Psychotherapiebedarf und Klientinnen-Selbstbestimmung: Hintergründe von Therapieablehnung und mögliche Lösungsansätze für Distanzierungsprozesse im Phänomenbereich Islamismus. Abgerufen von: https://kn-ix.de/publikationen/analyse-11/?doing_wp_cron=1749811699.8832890987396240234375 [13.06.2025].

Eckhard, Jan & Siegert, Manuel (2024). Soziale Isolation und Einsamkeit bei Geflüchteten in Deutschland (Forschungsbericht 50). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb50-soziale-isolation-und-einsamkeit-bei-gefluechteten.pdf?__blob=publicationFile&v=8 [07.07.2025].

Gill, Paul; Clemmow, Caitlin; Hetzel, Florian; Rottweiler, Bettina; Salman, Nadine; Van Der Vegt, Isabelle; Marchment, Zoe; Schumann, Sandy; Zolghadriha, Sanaz; Schulten, Norah; Taylor, Helen & Corner, Emily (2021). Systematic review of mental health problems and violent extremism. *Journal of Forensic Psychiatry & Psychology*, 32(1), 51–78.

Henssler, Jonathan; Brandt, Lasse; Müller, Martin; Liu, Shuyan; Montag, Christiane; Sterzer, Philipp & Heinz, Andreas (2020). Migration and schizophrenia: Meta-analysis and explanatory framework. *European Archives of Psychiatry and Clinical Neuroscience*, 270(3), 325–335.

Herrmann, Anja & Dittmar, Vera (2025). Chancen und Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Distanzierungsberatung und Psychotherapie in der Extremismusprävention. In: Vera Dittmar & Thomas Mücke (Hrsg.), *Psychische Belastungen bei Klient*innen der Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit*. Wiesbaden: Springer VS, im Erscheinen.

Höhne, Edgar (2022). Psychische Belastungen bei Geflüchteten – Prävalenzen, Prädiktoren und Behandlungsansätze. Dissertation, Philipps-Universität Marburg.

Keller, Alex M. & Hajji, Rahim (2021). Die psychische Gesundheit von Geflüchteten in Deutschland. *Prävention und Gesundheitsförderung*, 16(4), 354–360.

Lautz, Yannick von, Bösing, Eike; Kart, Mehmet & Stein, Margit (2024). Diskriminierung von Muslim:innen als Faktor in Prozessen der Radikalisierung – Perspektiven aus dem Handlungsfeld der Islamismusprävention. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 8(2), 419–445.

Neumann, Peter R. (2024). Asyl und Terror – Neue Daten zu einem kontroversen Thema. Die Terrorlage. Abgerufen von: <https://prneumann.substack.com/p/asyl-und-terror> [11.06.2025].

Paradies, Yin; Ben, Jehonathan; Denson, Nida; Elias, Amanuel; Priest, Naomi; Pieterse, Alex; Gupta, Arpana; Kelaher, Margaret & Gee, Gilbert (2015). Racism as a determinant of health: A systematic review and meta-analysis. *PLoS ONE*, 10(9), e0138511.

Rau, Thea; Fegert, Jörg M.; Montag, Christiane; Schnell, Knut; Munz, Dietrich; Mayer, Sophia; Strauß, Hannah; Bröcker, Anna-Lena; Gesing, Alexander; Dittmar, Vera & Allroggen, Marc (2024). Denkanstoß zu extremistischen Ansichten bei Patient*innen. *Psychotherapeutenjournal*, 23(1), 44–49.

Rau, Thea; Heimgartner, Anna & Allroggen, Marc (2021). Risiko- und Schutzfaktoren im Kontext von Radikalisierung und extremistischer Gewalt: Themenübersicht und Implikationen für die Wissenschaft und Praxis. *Praxis der Rechtspsychologie*, 31(1), 5–27.

Rau, Thea; Heimgartner, Anna; Fegert, Jörg M. & Allroggen, Marc (2020). Haben radikalisierte Personen Zugang zu psychotherapeutischer Unterstützung? Ausgewählte Ergebnisse leitfadengestützter Interviews. *Psychotherapeut*, 65, 297–303.

Schurbohm, Axel & Oehlmann, Jasmuna (2025). Ein systemischer Blick auf Radikalisierung. In: Vera Dittmar & Thomas Mücke (Hrsg.), *Psychische Belastungen bei Klient*innen der Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit*. Wiesbaden: Springer VS.

Stichs, Anja & Pfündel, Katrin

(2023). Diskriminierungserfahrungen von Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern. Wahrnehmungen in Bezug auf Alltagssituationen, die Benotung in der Schule, die Arbeits- und die Wohnungssuche (Forschungsbericht 48). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen von: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb48-muslimisches-leben2020-diskriminierung.pdf?__blob=publicationFile&v=10 [07.07.2025].

Uslucan, Haci-Halil & Yalcin, Cem

Serkan (2012). Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration – Analyse bestehender Forschungsstände. Essen: Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung. Abgerufen von: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/expertise_wechselwirkung_zw_diskriminierung_u_integration.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [07.07.2025].

Reziproke Radikalisierung?

Zur strategischen Instrumentalisierung antimuslimischer Diskurse durch Akteure aus dem Umfeld der Hizb ut-Tahrir

Dr. Samet Er

In Deutschland und Europa ist seit einigen Jahren ein gesellschaftlicher Rechtsruck mit verstärkten antimuslimischen Narrativen zu beobachten (vgl. Attia & Keskinliç, 2016, S. 170). Gruppen wie Generation Islam (GI), Realität Islam (RI) oder Muslim Interaktiv (MI), die der Hizb ut-Tahrir (HuT) nahestehen, instrumentalisieren diese Diskurse.¹

Zugleich entsteht eine wechselseitige Dynamik: Rechtspopulistische Islamfeindlichkeit und islamistische Radikalisierung befeuern sich gegenseitig. Beide Seiten nutzen die Taten der jeweils anderen als Beleg für das eigene Weltbild – ein Phänomen, das als reziproke Radikalisierung bezeichnet wird (vgl. Baron, 2021; Neumann, 2019, S. 65 ff.). Diese Entwicklung stellt die Präventionsarbeit vor neue Herausforderungen.

Rechtspopulistische Kampagnen – etwa von der AfD oder „Pax Europa“ – zeichnen den Islam als Bedrohung und fordern Einschränkungen islamischer Praxis (vgl. Baron, 2021). HuT-nahe Gruppen wie GI, RI und MI beobachten diese Diskurse und nutzen sie strategisch (vgl. Möller, 2022, S. 89 ff.; Schmidinger, 2023, S. 25).

Konkret greifen sie antimuslimische Äußerungen, Vorfälle und politische Kontroversen auf, um ein Feindbild der „ungläubigen Mehrheitsgesellschaft“ zu zeichnen (vgl. Baron, 2021). Jede Diskriminierung oder politische Kontroverse wird in sozialen Medien als weiterer Beweis für eine systematische Ausgrenzung muslimischer Menschen im Westen dargestellt (vgl. Baron, 2021; Möller, 2022, S. 100 ff.). So entstandene Narrative stilisieren die muslimische Gemeinschaft zur Opfergruppe, die von Politik und Medien systematisch gedemütigt und unterdrückt werde. Das Vertrauen junger Muslim*innen in Staat und Gesellschaft soll dadurch zerrüttet werden (vgl. ufuq.de, 2024).

Dabei vermeiden die Akteur*innen offene Gewaltaufrufe und agieren bewusst unterhalb der juristischen Eingriffsschwelle, um Repressionen zu entgehen (vgl. MI NRW, 2024; Möller, 2022). Zwar distanzieren sie sich von Terroranschlägen, relativieren diese jedoch gelegentlich – etwa indem sie den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt als „Reaktion auf einen Krieg gegen den Islam“ deuten (ufuq.de, 2019). So vermitteln sie unterschwellig Verständnis für Gewalt, ohne sich strafbar zu machen. Durch solche Relativierungen entsteht ein apologetischer Unterton, der Gewalt zwar nicht gutheißt, aber nachvollziehbar erscheinen lässt (vgl. Baron, 2021). Indirekt ermutigen sie so zu Hass und stärken eine Opferhaltung, ohne direkt justiziable Aussagen zu treffen. Dies ist strategisch motiviert, basiert aber auch auf Erfahrungen: Die Akteure wissen, dass offene Befürwortung von Gewalt zu Verbotsverfahren und zur Löschung ihrer Social-Media-Präsenzen führen könnte.

¹ Der vorliegende Text wurde vor der Auflösung der Kanäle GI und RI in diesem Jahr verfasst, Anm. d. Redaktion.
<https://www.bag-relex.de/das-ende-von-generation-is-lam-und-realitaet-islam/>

Ausgrenzungserfahrungen als Instrument der Radikalisierung

HuT-nahe Gruppen instrumentalisieren islamfeindliche Diskurse strategisch zur Legitimation ihrer Ideologie – eine zentrale Grundlage ihrer Propaganda. Sie spiegeln die Ausgrenzungsrhetorik wider, jedoch aus der Gegenperspektive: Was für Rechte eine angebliche „Islamisierung“ ist, wird von Islamist*innen als „Kreuzzug gegen den Islam“ gebrandmarkt. Beide Extreme bestätigen sich gegenseitig in ihren Weltbildern. Die Gefahr besteht darin, dass junge Muslim*innen, die solche Botschaften konsumieren, beiden Seiten glauben: Dass sie hier unerwünscht seien und die westliche Gesellschaft sie niemals akzeptieren werde. Dieser Nährboden aus Misstrauen und Ablehnung ist genau das, was die Extremist*innen beabsichtigen, denn er erleichtert die Abkehr vom demokratischen Rechtsstaat (siehe auch Brinkmüller & Wetchy, 2024).

HuT-nahe Akteur*innen greifen reale Erfahrungen junger Muslim*innen auf – etwa rassistische Anfeindungen, Benachteiligungen im Bildungssystem oder religiöse Ausgrenzung – und deuten sie strategisch um. Dabei wird ein Narrativ konstruiert, das die Mehrheitsgesellschaft pauschal als feindlich gegenüber Muslim*innen darstellt und demokratische Institutionen in ihrer Integrationsfähigkeit delegitimiert (vgl. Möller et al., 2021b, S. 73).

Konkrete Diskriminierungen werden verallgemeinert und in ein geschlossenes Weltbild eingebettet, das die Vorstellung einer systematischen Unterdrückung von Muslim*innen durch „den Westen“ oder „die deutsche Mehrheitsgesellschaft“ festigt. Jede einzelne Anfeindung – sei es eine Beleidigung auf der Straße, Benachteiligung bei einer Bewerbung oder ein Angriff auf eine Moschee – wird als weiteres Puzzleteil einer großen Verschwörung gegen Muslim*innen gedeutet (vgl. Baron, 2021). Die Wirksamkeit dieses Narrativs

speist sich gerade daraus, dass es auf realen Problemen aufsetzt (vgl. BMI, 2023, S. 25 ff.). So wird beispielsweise auf Vorfälle wie die rechtsextremen Drohungen gegen Schulen in Duisburg im April 2025 verwiesen, von denen Tausende Schüler betroffen waren – Ereignisse, die islamistische Akteur*innen als Beleg für eine generelle Gefährdung von Muslim*innen nutzen, während sie zugleich die vermeintlich unzureichende mediale und politische Reaktion darauf kritisieren (vgl. taz, 2025).

Die Instrumentalisierung von Ausgrenzungs- und Bedrohungserfahrungen erfolgt somit in zwei Schritten: Zunächst wird das tatsächliche Problem (Rassismus, Ungerechtigkeit) lautstark angeprangert. Dieses ist real und wird auch von nicht extremistisch gesinnten Muslim*innen erkannt. Im zweiten Schritt allerdings bieten die Akteur*innen radikale Deutungen und Lösungen an: Die Demokratie und der freiheitliche Staat werden als unfähig oder unwillig dargestellt, Muslim*innen zu schützen. Folglich – so das Narrativ – müssten Muslim*innen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, sich zusammenschließen und eine islamische Lebensordnung etablieren, in der sie vor Unterdrückung sicher seien (vgl. Baron, 2021). Die Wiedereinführung eines Kalifats wird etwa offen als Allheilmittel präsentiert, das allen Muslim*innen zu Würde und Sicherheit verhelfen werde, im Gegensatz zu den verhassten „westlichen“ Systemen (vgl. MI NRW, 2024).

Diese Argumentation emotionalisiert und polarisiert stark. Aus berechtigtem Unmut über Rassismus wird allmählich Feindschaft gegen „die Deutschen“ und die Demokratie geformt. Die Betroffenen sollen sich ausschließlich als Muslim*innen definieren, nicht als Teil der pluralen deutschen Gesellschaft. Genau hier liegt eine gefährliche Schnittstelle zur Radikalisierung: Wer die Opferrolle verinnerlicht hat und glaubt, auf legalem Weg nichts verändern zu können – weil ja

„Jede*r Einzelne – ob in Schule, im Amt, in der Nachbarschaft – kann dazu beitragen, Ausgrenzung entgegenzutreten und somit dem Nährboden für Radikalisierung die Grundlage zu entziehen“

„alle gegen uns sind“ –, der wird für extremistische Ideologien besonders anfällig. Selbst wenn GI und RI keine Gewalt predigen, bereiten sie ideologisch den Boden, auf dem sich Gewalt legitimieren ließe. Die ständige Betonung, man befinde sich ohnehin in einem Abwehrkampf gegen eine feindliche Umwelt, normalisiert in gewisser Weise den Gedanken, dass Widerstand – notfalls auch aggressiver – gerechtfertigt sei (vgl. ufuq.de, 2024; Möller et al., 2021b, S. 68).

Aktuelle Entwicklungen, Narrative und Themen (online und offline)

Die HuT-nahen Initiativen haben in den letzten Jahren eine massive Onlinepräsenz aufgebaut. Sie agieren plattformübergreifend auf allen großen sozialen Netzwerken und erreichen dort ein beachtliches Publikum (vgl. Baron, 2021; Möller, 2022, S. 105 ff.). Die Inhalte werden professionell aufbereitet und oft als ansprechende Kurzvideos mit hoher Taktung veröffentlicht, um insbesondere ein junges Publikum anzusprechen (vgl. ufuq.de, 2024; MI NRW, 2024). Dabei kommen manipulative Strategien zum Einsatz – etwa durch das Verknüpfen von Fakten mit Bildern aus fremden Kontexten oder durch das Auslassen zentraler politischer Hintergründe (vgl. Möller, 2022, S. 85 ff.).

Das Selbstverständnis dieser Kanäle ist es, Anwalt und Sprachrohr der muslimischen Minderheit zu sein. Die genannten Themen – Diskriminierungserfahrungen, politische Angriffe auf Muslime, die intellektuelle Überlegenheit des Islams sowie Alltagstipps zu Herausforderungen in der Gesellschaft – spiegeln die Inhalte der Videos wider (vgl. Baron, 2021; ufuq.de, 2024). Darin werden zum einen Opferthemen (Diskriminierung, „Angriffe“), zum anderen aber auch ein selbstbewusstes Sendungsbewusstsein (Überlegenheit des Islams) und praktische Ratschläge für ein Leben als gläubige Muslim*innen in Deutschland thematisiert. Religiöse Ermahnungen und Identitätsratschläge gehören ebenfalls zum Portfolio: Videos mit Titeln wie „Meine Tochter will keinen Hijab tragen – was tun?“ oder „Dürfen wir Nichtmuslimen frohe Weihnachten wünschen?“ finden sich ebenso wie Diskussionen über LGBTQ im Lichte islamischer Werte (vgl. Baron, 2021; MI NRW, 2024). All diese Inhalte verfolgen einen doppelten Zweck: Sie stärken die religiöse Identität der Zuschauer*innen und grenzen sie zugleich von als verderblich dargestellten westlichen Einflüssen ab (vgl. Baron, 2021). So wird wiederholt gemahnt, man solle sich gegen den

Druck der Assimilation und die „Wertediktatur“ der deutschen Politik behaupten und standhaft an islamischen Prinzipien festhalten (vgl. MI NRW, 2024). Konkrete Tipps umfassen z. B. das strikte Einhalten islamischer Verhaltensregeln (Keuschheit vor der Ehe, „Kopftuchpflicht“ für Mädchen ab der Pubertät etc.) und das Meiden „unislamischer“ Aktivitäten (vgl. MI NRW, 2024). Hier zeigt sich deutlich: Die Propaganda verknüpft persönliche Alltagsfragen mit politischer Ideologie. Ein junges Mädchen, das über das Kopftuch nachdenkt, wird nicht nur religiös beraten, sondern auch politisiert – ihr Kopftuch wird als „Symbol des Widerstands gegen Assimilation“ aufgeladen.

Eine bemerkenswerte Entwicklung der letzten Jahre ist die Professionalisierung und Reichweitensteigerung dieser Onlineaktivitäten. Durch geschickte Kampagnenarbeit gelingt es GI und ähnlichen Akteuren, ihre Anliegen zeitweise in den Mainstream zu tragen. Das Beispiel #NichtOhneMeinKopftuch zeigte, wie islamistische Narrative zeitweise in den öffentlichen Diskurs vordringen können (vgl. Möller, 2022, S. 87). Über 100 000 Menschen unterzeichneten die Petition – weit mehr, als das islamistische Kernmilieu selbst ausmacht (vgl. ufuq.de, 2019). Die Inhalte durchdringen also Diskursräume weit jenseits der eigenen Gefolgschaft, was dem Anliegen der Akteur*innen sehr entgegenkommt (vgl. ufuq.de, 2019). Mit anderen Worten: Islamistische Propaganda erreicht via Social Media nicht nur bereits radikalisierte, sondern auch breite Schichten frustrierter junger Muslim*innen und trägt so zur gesamtgesellschaftlichen Polarisierung bei (vgl. Pisoiu, 2025, S. 44 f.).

Offlineaktivitäten und neue Tendenzen

Obwohl das Phänomen stark online geprägt ist, sind HuT-nahe Gruppen auch offline in Erscheinung getreten – teils mehr, als es auf den ersten Blick scheint. Vor allem RI hat in den vergangenen Jahren durch Aktionen auf der Straße auf sich aufmerksam gemacht (vgl. Baron, 2021; siehe auch Neumann, 2019, S. 1 f.). In mehreren Städten verteilten Anhänger*innen Flyer in Fußgängerzonen oder hielten Infostände ab, bei denen Passant*innen auf muslimische Anliegen aufmerksam gemacht werden sollten (vgl. Baron, 2021). Auf einer Demonstration gegen die deutsche Nahostpolitik skandierten Hunderte Menschen offen Forderungen nach einem Kalifat – das erste Mal seit dem HuT-Verbot 2003, dass in Deutschland auf der Stra-

„Die geschilderte Entwicklung stellt die Präventionsarbeit vor erhebliche Herausforderungen. Zum einen muss die Attraktivität islamistischer Narrative untergraben werden; zum anderen dürfen dabei nicht die legitimen Grievances der Jugendlichen ignoriert werden, widrigenfalls man unglaublich wird.“

ße derartige Parolen zu hören waren (vgl. MI NRW, 2024).

Viele der extremistischen Gruppen sind auch in urbanen Zentren wie Berlin, Hamburg oder dem Ruhrgebiet präsent (vgl. Baron, 2021; MI NRW, 2024). In diesen Städten existieren allerdings auch etablierte muslimische Organisationen, die eine Gegenstimme bilden und sogar zuerst aufgesucht werden mit der Hoffnung, eine Unterstützung für den Alltag zu erhalten (vgl. Er 2021, S. 148 f.). Anders könnte die Lage in moscheearmen Regionen sein – etwa ländlichen Gebieten Ostdeutschlands oder kleineren Städten. Dort finden junge Muslim*innen kaum lokale Infrastruktur und sind in ihrer Identitätssuche stärker auf das Internet angewiesen, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie auf Inhalte von GI, RI und MI stoßen und diesen mangels Alternativen Gehör schenken. Zugleich sind in solchen Regionen oft die Mehrheitsbevölkerungen noch skeptischer oder unwissender gegenüber dem Islam, was wiederum zu mehr Ausgrenzung führen kann. Diese Konstellation – wenig muslimische Präsenz, aber viel Islamfeindlichkeit – kann einen Nährboden für Radikalisierung darstellen. Zwar liegen hierzu wenige Studien vor, aus eigener praktischer Erfahrung kann jedoch berichtet werden, dass islamistische Klient*innen mit HuT-Bezug eher aus ländlichen moscheearmen Regionen kommen und „den“ Islam im Internet kennengelernt haben.

Auswirkungen auf die Präventionsarbeit

Die geschilderte Entwicklung stellt die Präventionsarbeit vor erhebliche Herausforderungen. Zum einen muss die Attraktivität islamistischer Narrative untergraben werden; zum anderen dürfen dabei nicht die

legitimen Grievances der Jugendlichen ignoriert werden, widrigenfalls man unglaublich wird (vgl. ufuq.de, 2024).

Ein zentrales Problem ist das von den Extremist*innen gesäte Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und Präventionsangeboten. Wenn nun etwa Sozialarbeiter*innen auf diese Jugendlichen zugehen, um präventiv zu arbeiten, stoßen sie oft auf eine Abwehrhaltung: „Warum soll ich mit euch reden? Ihr gehört doch zu denen, die uns unterdrücken!“. Dieses Grundmisstrauen erschwert den Zugang enorm. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass Jugendliche mit stark verinnerlichtem Opfernarrativ Beratungsangebote als Teil einer feindlichen Strategie betrachten könnten – z. B. als Versuch, sie zu assimilieren oder auszuspionieren. Es existieren HuT-Posts, in denen wichtige zivilgesellschaftliche Träger (wie Ufuq e. V. oder Violence Prevention Network gGmbH) diffamiert werden (vgl. Youtube, 2024). Hier gilt es, erst mühsam eine Vertrauensbasis aufzubauen, oft durch das klare Signal: Wir nehmen eure Erfahrungen von Rassismus ernst. Fehlt diese Anerkennung, besteht die Gefahr, dass Präventionsbemühungen ins Leere laufen oder sogar als weitere Kränkung wahrgenommen werden (vgl. ufuq.de, 2024). Diese Gratwanderung erfordert ein hohes Maß an Sensibilität und Fachwissen. Rassismuserfahrungen müssen validiert werden, ohne die Radikalisierungsnarrative zu bestätigen (vgl. ufuq.de, 2024).

Ein weiterer Aspekt: Stigmatisierung durch Präventionsakteur*innen selbst kann ein Problem sein. Wenn sich z. B. an Schulen Präventionsprogramme einseitig auf „Islamismus bei muslimischen Jugendlichen“ fokussieren, kann dies das Gefühl verstärken, unter Generalverdacht zu stehen. Genau darauf zielen Isla-

mist*innen ab, wenn sie etwa behaupten, die Behörden würden Muslim*innen pauschal als Gefährder*innen sehen. Präventionsarbeit muss daher sehr darauf achten, nicht selbst in eine Diskriminierungsfalle zu tappen. Statt nur muslimische Jugendliche zu adressieren, betonen neuere Ansätze die phänomenübergreifende Prävention: also Extremismus aller Art (ob islamistisch, rechtsextrem, linksextrem etc.) zum Thema zu machen, um nicht den Eindruck zu erwecken, es gehe „immer nur um die Muslime“. Auch die Einbindung nicht muslimischer Peers in Workshops oder die parallele Thematisierung von Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus kann helfen, Ausgewogenheit zu demonstrieren. Schließlich, so der berechtigte Hinweis vieler Fachleute, gefährdet jede Form von Rassismus unsere Demokratie – und antimuslimischer Hass ist eine Gefahr, die alle angeht, nicht nur Muslim*innen (vgl. ufuq.de, 2024).

Das wechselseitige Aufschaukeln durch Rechtsruck und islamistische Radikalisierung erschwert die Prävention zudem strukturell: Einerseits führt verstärkter islamistischer Aktivismus (z. B. öffentliche Kalifat-Forderungen wie 2023 in Essen) zu einer realen Sicherheitsdebatte. Politik und Sicherheitsbehörden reagieren darauf mit härteren Maßnahmen, was wiederum in Medien breit diskutiert wird (vgl. Neumann, 2019, S. 65–85). Dies kann wieder antimuslimische Ressentiments in der Bevölkerung schüren – ein typischer Teufelskreis. Auf der anderen Seite nutzen Rechtspopulist*innen jeden Vorfall (ob islamistische Flugblattaktionen oder Gewalttaten), um gegen „den Islam“ zu polemisieren, was wiederum mehr junge Muslim*innen ins Lager der Beleidigten und Empörten treiben kann. Präventionsarbeit findet somit in einem gesamtgesellschaftlich polarisierten Klima statt, das von beiden Extremen befeuert wird. Hier stoßen isolierte präventive Maßnahmen schnell an Grenzen.

Fazit

Der gegenwärtige Rechtsruck mit seiner Verbreitung antimuslimischer Ressentiments und die erstarkende islamistische Radikalisierung bedingen und verstärken sich gegenseitig in alarmierender Weise. Islamistische Akteur*innen wie das Hizb ut-Tahrir-Umfeld greifen Ressentiments gezielt auf, betten diese in ihr eigenes Weltbild ein und nutzen sie, um ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Dadurch tragen sie ihrerseits zur weiteren Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas bei, indem sie die Polarisierung zwischen

„Muslimen“ und „Nichtmuslimen“ vorantreiben (vgl. ufuq.de, 2024). Dieses Zusammenspiel stellt Präventionsarbeit und Gesellschaft vor große Herausforderungen.

Für die Extremismusprävention bedeutet dies, dass alte Rezepte allein nicht ausreichen. Ein ganzheitlicher Ansatz ist nötig, der Radikalisierungsprävention und Rassismusprävention verzahnt. Zum einen gilt es, auch Muslim*innen gegenüber extremistischer Ideologie zu immunisieren – durch Bildung, Aufklärung, Dialog und positive Teilhabeangebote. Zum anderen muss die Gesellschaft insgesamt daran arbeiten, das Ausmaß an antimuslimischer Diskriminierung zu reduzieren, um ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben zu ermöglichen, aber auch, damit Islamist*innen keinen einfachen Anknüpfungspunkt finden (vgl. ufuq.de, 2024). Präventionsarbeit kann nur nachhaltig erfolgreich sein, wenn sie in einer Gesellschaft stattfindet, welche die Werte von Gleichwertigkeit und Teilhabe für alle tatsächlich lebt. Jede*r Einzelne – ob in Schule, im Amt, in der Nachbarschaft – kann dazu beitragen, Ausgrenzung entgegenzutreten und somit dem Nährboden für Radikalisierung die Grundlage zu entziehen (vgl. ufuq.de, 2024). ■

Dr. Samet Er

Dr. Samet Er hat Islamische Theologie und Erziehungswissenschaften studiert. Seit 2016 leitet er die Beratungsstelle in Niedersachsen bei Violence Prevention Network gGmbH und koordiniert dort die Deradikalisierungs- und Präventionsarbeit im Strafvollzug und der Bewährungshilfe. 2021 promovierte er am IKG der Universität Bielefeld bei Prof. Dr. Andreas Zick. Derzeit habilitiert er an der Universität Vechta und war Mitglied der 4. Deutschen Islam Konferenz sowie Teil des Expertengremiums im Bundeskanzleramt zum Thema „Islam“.

Literatur

Attia, Iman & Keskinilic, Ozan (2016). Antimuslimischer Rassismus. In: Paul Mecheril (Hrsg.): Handbuch Migrationspädagogik (S. 168–182). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Baron, Hanna (2021). Die Hizb ut-Tahrir in Deutschland – Herausforderungen und Ansätze der Präventionsarbeit. Infodienst Radikalisierungsprävention (bpb.de). Abgerufen von: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/329054/die-hizb-ut-tahrir-in-deutschland/> [02.07.2025].

Brinkmüller, Niklas & Wetchoy, Margareta (2024). „Mein Bruder, wer glaubt noch der Zeitung?“ Medien als Feindbild und Bezugspunkt in der Kommunikation islamistischer Online-Akteure (Schriftenreihe, H. 12). Violence Prevention Network. Abgerufen von: <https://violence-prevention-network.de/wp-content/uploads/2024/12/Violence-Prevention-Network-Schriftenreihe-Heft-12-2.pdf> [02.07.2025].

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (2023). Abschlussbericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit. Abgerufen von: <https://deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Studien/uem-abschlussbericht.pdf> [02.07.2025].

Ministerium des Innern des Landes NRW (2024). Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2023 – Islamismus (Hizb ut-Tahrir). Abgerufen von: https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/vsb2023_hut.pdf [02.07.2025].

Möller, Patrick (2022). Hizb ut-Tahrir: Comeback einer verbotenen Organisation. In: Rauf Ceylan & Michael Kiefer (Hrsg.), Der islamische Fundamentalismus im 21. Jahrhundert (S. 85–116). Wiesbaden: Springer VS.

Möller, Patrick; Berg, Annika von & Mücke, Thomas (2021a). „Realität Islam“ und „Generation Islam“. In: Asiem El Difraoui, Catherine Trautmann & Nina Wiedl (Hrsg.), Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit (S. 24–25). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Möller, Patrick; Baron, Hanna & Berg, Annika von (2021b). Netzwerke der Hizb ut-Tahrir in Deutschland – ein Einblick. In: Corinna Emser, Hanna Baron & Annika von Berg (Hrsg.), SCHNITT:STELLEN. Erkenntnisse aus Forschung und Beratungspraxis im Phänomenbereich islamistischer Extremismus (Beiträge zu Migration und Integration, Bd. 8, S. 67–81). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Neumann, Katharina (2019). Medien und Islamismus: Der Einfluss von Medienberichterstattung und Propaganda auf islamistische Radikalisierungsprozesse. Wiesbaden: Springer VS.

Pisoiu, Daniela (2025). Phänomen Co-Radikalisierung. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 75(16–19), 41–46. Abgerufen von: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/islamismus-2025/561182/phaenomen-co-radikalisierung/> [02.07.2025].

taz (2025, 7. April). Bedrohungslage in Duisburg: Schreiben mit „bedrohlichen und rechtsradikalen Äußerungen“. Abgerufen von: <https://taz.de/Bedrohungslage-in-Duisburg/!6080960/> [02.07.2025].

ufuq.de (2024, 6. März). Antimuslimischer Rassismus und islamistischer Extremismus: Wechselwirkungen und Handlungsempfehlungen für die Prävention (Zusammenfassung DJI-Bericht). Abgerufen von: <https://www.ufuq.de/aktuelles/antimuslimischer-rassismus-und-islamistischer-extremismus-wechselwirkungen-und-handlungsempfehlungen-fuer-die-praevention/> [02.07.2025].

Realität Islam (2024, 27. Oktober). Abgerufen von: Neue Taskforce Islamismusprävention: Um wen geht es wirklich? <https://www.youtube.com/watch?v=Mz4z5S6RGxA> [02.07.2025].

Von Fake News zu Hass

Wie Verschwörungserzählungen antimuslimische, antisemitische und rechtspopulistische Narrative verstärken

Dr. Sarah Pohl

Verschwörungserzählungen tragen in Zeiten gesellschaftlicher Krisen zur Radikalisierung bei – insbesondere bei Jugendlichen, die Vertrauen in etablierte Informationskanäle verloren haben. Sie bieten einfache Erklärungen für komplexe Zusammenhänge – und vor allem: Sie benennen vermeintlich Schuldige für eine Krise. „Das Phänomen ist bekannt: In von Ungewissheit geprägten Zeiten, etwa während einer Pandemie, treten Stigmatisierung und Diskriminierung verstärkt auf und Sündenböcke werden bestimmt.“ (Der Bundesrat, 2021)

Wie verstärken also Verschwörungserzählungen und Fake News antimuslimische und antisemitische Feindbilder – und welche Präventionsstrategien sind hilfreich im Umgang mit ihnen?

Verschwörungserzählungen wachsen besonders gut auf dem Nährboden von Krisen und Verunsicherung. Auch populistische Ideen gedeihen hervorragend auf diesem Nährboden. Wie lässt sich das erklären?

Wenn in Gruppierungen oder Gesellschaften Dinge in Schieflage geraten, Krisen als Bedrohung wirken, dann hilft es dem inneren Zusammenhalt, Schuldige zu benennen, wie dies auch Nocun benennt: „Der Verweis auf einen angeblich übermächtigen Feind kann dazu genutzt werden, das Gruppengefühl zu stärken.“ (Nocun, 2020) Derzeit ist die Lage in Bezug auf Sündenböcke diffus. Der Israel-Gaza-Krieg befeuert antisemitische und antimuslimische Feindbilder. Bestehende Stereotype über Islam und Gewalt werden reaktiviert und verstärkt und gleichzeitig werden Jüdinnen und Juden weltweit oft pauschal für die Politik Israels verantwortlich gemacht. Dabei verschwimmen

in vielen Debatten die Grenzen zwischen legitimer Israelkritik und antisemitischen Stereotypen, etwa der Vorstellung einer globalen jüdischen Macht.

Doch warum haben wir das Bedürfnis, in Krisen Feindbilder zu pflegen? Der Sündenbock erfüllt mehrere wichtige Funktionen. Er stabilisiert nicht nur den inneren Zusammenhalt von Gruppen und erhält damit die soziale Ordnung und Machtstrukturen aufrecht. Gleichzeitig können am Sündenbock auch Emotionen ausagiert werden. Krisen erzeugen Angst und befeuern Unsicherheiten – das Gefühl von Stabilität und Gruppeneinheit wird dann wichtiger. Indem eine Minorität als Ursache für das Leid der Mehrheit dargestellt wird, können dominante Gruppen ihre Positionen behaupten und sich selbst von Verantwortung und Fehlverhalten freisprechen (Girard, 1988). Die Tragik des Sündenbockmechanismus liegt in der oft schweren und ungerechten Bestrafung der Opfer, die nicht nur mit Schuld, sondern auch mit Gewalt und Diskriminierung konfrontiert werden.

Fake News und Verschwörungserzählungen verbreiten sich schnell über soziale Medien und fördern antimuslimische, antisemitische und rechtspopulistische Ideologien und Sündenbocknarrative. Sie beeinflussen damit politische Diskurse sowie gesellschaftliche Einstellungen.

Gerade während der COVID-19-Pandemie waren es in der Regel Regierungen und internationale Organisationen oder auch Philanthropen und Unternehmer wie Bill Gates, die zum Hassobjekt wurden. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gerieten Muslim*innen unter Generalverdacht, und Anschläge, wie beispielsweise der auf den Weihnachtsmarkt in

„Fake News und Verschwörungserzählungen verbreiten sich schnell über soziale Medien und fördern antimuslimische, antisemitische und rechtspopulistische Ideologien und Sündenbocknarrative.“

Magdeburg, befeuern dieses antimuslimische Sündenbocknarrativ aufs Neue. Jüdinnen und Juden sind in vielen Verschwörungserzählungen seit Jahrhunderten ein zentrales Feindbild. Ein Beispiel sind die „Protokolle der Weisen von Zion“, eine Anfang des 20. Jahrhunderts in Russland verbreitete Fälschung, die angeblich jüdische Pläne zur Weltherrschaft belegt. Trotz nachgewiesener Fälschung kursiert dieses Dokument in verschwörungsideologischen Kreisen weiterhin (Egenberger, 2015).

Insbesondere im rechtspopulistischen Milieu tauchen immer wieder dieselben Narrative auf. „Zu den inneren Mächten zählen diese Gruppen die politischen Eliten und die Massenmedien, zu den äußeren Mächten die Europäische Union, die Globalisierung und den Islam.“ (Brauer, 2025) Antimuslimische, antisemitische und rechtspopulistische Ideologien sowie Verschwörungserzählungen benennen Sündenböcke. Es liegt also nahe, dass Fake News und Verschwörungserzählungen in solchen ideologisch geprägten Narrativen besonders dann verstärkend wirken, wenn sie bestehende Feindbilder untermauern. Damit setzen wir selbstverständlich nicht voraus, dass jedes Feindbild und jedes Sündenbocknarrativ einen verschwörungsideologischen Hintergrund haben muss. Umgekehrt impliziert auch nicht jede Verschwörungserzählung per se einen antisemitischen oder antimuslimischen Sündenbock. Genauso gilt, um es mit den Worten Butters zu sagen: „Nicht alle Verschwörungserzählungen sind antisemitisch, aber Antisemitismus ist gegenwärtig immer konspirationistisch aufgeladen.“ (Butter, 2020)

Neben Sündenbockmechanismen erfüllen Verschwörungserzählungen für junge Menschen weitere wich-

tige psychologische Funktionen. Sie bieten einfache Erklärungen für komplexe oder bedrohliche Ereignisse und schaffen so ein Gefühl von Kontrolle in einer oft unübersichtlichen Welt. Außerdem stärken sie das Zugehörigkeitsgefühl zu einer scheinbar „eingeweihten“ Gruppe, was besonders in Phasen der Identitätssuche attraktiv sein kann.

Rezeption von Fake News und Verschwörungserzählungen durch Jugendliche

Verschwörungserzählungen tragen also zur Verbreitung antisemitischer und antimuslimischer Feindbilder bei, und Sündenbockmechanismen wirken hier verstärkend. Selbstverständlich spielen aber auch zahlreiche andere Aspekte eine wichtige Rolle, wenn Menschen sich Verschwörungserzählungen zuwenden.

Die Hinwendung zu rechtsextremen, antisemitischen und antimuslimischen Verschwörungserzählungen betrifft dabei alle Altersgruppen. Rechtsextreme Einstellungen sind in Deutschland allgemein stark angestiegen, Vorurteile gegenüber Geflüchteten nehmen zu, 16,5 % unterstellen jüdischen Menschen, einen Vorteil aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen zu wollen (Zick et al., 2023). Die häufig übersehene Generation sind in diesem Zusammenhang die über Fünfzigjährigen (Pohl & Wiedemann, 2025), die im Gegensatz zu jungen Menschen weit häufiger Fake News teilen, sich im Reichsbürgermilieu bewegen oder der Querdenkerbewegung angehören.

Wenn wir den Blick spezifisch auf junge Menschen richten, suchen diese in einer Phase der Identitätsfindung nach Orientierung. Verschwörungserzäh-

lungen können besonders in dieser Phase einfache, greifbare Antworten auf schwierige Fragen bieten. Sie helfen, die Welt in „gut“ und „böse“ zu unterteilen, was emotionale Klarheit verschaffen kann. Die Bestätigung durch Gleichgesinnte in Onlinecommunitys kann das Gefühl der Zugehörigkeit und des „Wissens“ verstärken, wodurch sich der Glaube an solche vermeintlichen Theorien weiter festigt. Auch in späteren Lebensphasen können Menschen ähnliche Bedürfnisse haben und diese durch die Hinwendung zu Verschwörungserzählungen erfüllen.

In Bezug auf die Frage, wie vor allem junge Menschen mit Fake News und Verschwörungserzählungen umgehen und sie rezipieren, können wir zunächst feststellen, dass diese offenbar ein stärkeres Bewusstsein dafür haben, dass sie im Zuge ihrer Mediennutzung Falschnachrichten konsumieren könnten, als ältere Personen. Dies zeigt auch eine Studie von PwC (2017). Jüngere sind misstrauischer gegenüber Nachrichten. Auch eine Untersuchung der Stiftung Neue Verantwortung bestätigt, dass die digitale Nachrichtenkompetenz mit zunehmendem Alter abnimmt (Meßmer et al., 2021). Und: Junge Menschen zeigen laut einer Studie der Amadeo Antonio Stiftung (2022, S. 9) sogar die niedrigsten Zustimmungswerte in Bezug auf Verschwörungserzählungen (11 % der Menschen zwischen 16 und 30 Jahren).

Dennoch fühlen sich viele Schüler*innen nicht mehr in der Lage, Fake News zu erkennen (Kastorff et al., 2025). Wie gehen junge Menschen mit dem Dilemma um, dass sie sich zwar v. a. über Soziale Medien informieren, diesen aber nicht vertrauen? Laut einer Studie von saferinternet.at verfolgen die meisten jungen Menschen (57 %) in Bezug auf Fake News die Strategie ‚ignorieren und weiterscrollen‘ (SAFERINTERNET, 2023).

Diese Unsicherheit bei der Informationsbewertung könnte auch mit einem allgemeinen Vertrauensverlust, wie ihn die Vertrauensstudie der Universität Bielefeld sieht, im Zusammenhang stehen (Bepantzen, 2023). Die große Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland hat demnach kein Vertrauen in die Medien und misstraut Journalist*innen. Mehr als ein Drittel der Jugendlichen vermutet, dass die Medien absichtlich wichtige Informationen zurückhalten und nur ihre eigene Meinung verbreiten.

Wo also informieren sich junge Menschen, welche Kanäle nutzen sie zur politischen Meinungsbildung,

wenn es nicht mehr die klassischen Medien sind? Kolleck stellt in einem Gastbeitrag für DIE ZEIT fest: „Die Digitalisierung hat das Informationsverhalten junger Menschen revolutioniert. In der heutigen Zeit verlassen sie sich vor allem auf digitale Plattformen, um sich zu informieren, wobei TikTok der unangefochtene Marktführer in diesem Segment ist.“ (Kolleck, 2023)

TikTok als Hauptinformationsquelle ist jedoch nicht nur aus sozialen und Gründen der Psychohygiene bedenklich. Sein Algorithmus ist darauf ausgelegt, Nutzer*innen möglichst lange am Gerät zu halten, wodurch sie in Filterblasen landen können, in denen ihr Weltbild immer wieder bestätigt wird.

Bedeutet dies nun, dass Jugendliche grundsätzlich kein Interesse mehr an Nachrichten haben, die stärker auf belegbare Fakten fokussieren, und dass sich auch traditionelle Nachrichtenformate stärker am Mediennutzungsverhalten junger Menschen orientieren sollten? Die Studie #USETHENEWS (Hasebrink et al., 2021) geht dieser Frage nach und schlüsselt auf, wie Jugendliche mit Nachrichten umgehen. Trotz ihres Vertrauensverlusts in die Medien nutzen viele Jugendliche neben den sozialen Medien auch weitere Informationskanäle, wie Fernsehen, Radio oder Zeitungen. Die Studie arbeitet vier Informationstypen heraus, die von ‚journalistisch informationsorientiert‘, ‚gering informationsorientiert‘, ‚umfassend informationsorientiert‘ bis zu ‚nicht journalistisch informationsorientiert‘ reichen. Jugendliche lassen sich also nicht über einen Kamm scheren, sondern ein differenzierter Blick ist notwendig. Denn paradoxerweise holen sich viele Jugendliche ihre Informationen aus den Medien, denen sie am wenigsten vertrauen (Hasebrink et al., 2021, S. 91).

Bei all der Reflexion über die Informationskanäle, welche junge Menschen nutzen, darf eine wichtige Tatsache nicht übersehen werden: Freund*innen, Familie und Bekannte haben für die Meinungsbildung eine weit größere Bedeutung: „Freunde sind wichtiger als Influencer“ titelt ein Bericht zu einer Studie, die zeigt, dass fast 70 % der Generation Z auf Freund*innen als wichtigsten Informationskanal setzten (Otto, 2020).

Abschließend lässt sich also festhalten, dass die Meinungsbildung junger Menschen maßgeblich durch ihr direktes Umfeld geprägt wird. Dies zeigt, wie wichtig persönliche Beziehungen und Erlebnisse in der Wahrnehmung und Verarbeitung von Themen sind.

„Menschen tendieren dazu, eher anderen Menschen als wissenschaftlichen Quellen oder Fakten zu glauben.“

Kann Debunking ein Schlüssel zur Prävention sein?

Es stellt sich die Frage, ob Debunking¹ eine wirksame Strategie gegen den Glauben an Verschwörungserzählungen und Fake News ist, wenn das Umfeld bei der Meinungsbildung eine derart maßgebliche Rolle spielt.

Forschungsergebnisse belegen, dass Meinungen weniger ein Produkt rationaler und kognitiver Prozesse und Fakten sind, sondern stark von Emotionen beeinflusst werden. Eine Meinung fühlt sich zum Beispiel aufgrund bestimmter Vorerfahrungen „richtig“ an, meist suchen Menschen erst post hoc Argumente, die ihr Gefühl bestätigen. Die Psychologie spricht in dem Zusammenhang von Affektheuristik (Slovic et al., 2007). Herrmann schreibt dazu: „Wir wissen, ob wir etwas gut oder blöd finden, bevor wir wissen, was wir da überhaupt gut oder blöd finden.“ (2019, S. 17) Debunking jedoch setzt bei Fakten an. Wenn wir also gefühlte Wahrheiten oder Unwahrheiten erschüttern wollen, müssen wir viel stärker Emotionen ansprechen.

Auch sollten wir uns bewusst machen, dass wir dazu neigen, etwas zu glauben, weil viele daran glauben. Der Wunsch nach Zugehörigkeit und Gruppenerfahrung kann hier ein weiterer Faktor sein, weshalb wir Menschen durch Debunking nicht effektiv erreichen (Asch, 1951). Menschen tendieren dazu, eher anderen Menschen als wissenschaftlichen Quellen

oder Fakten zu glauben. Das können persönliche Freund*innen oder Bekannte sein, aber auch Influencer*innen und prominente Persönlichkeiten, die als Meinungsführer*innen agieren und deren Empfehlungen und Überzeugungen oft weitreichenden Einfluss haben (Cialdini, 2009, S. 51–96). Bei der Präventionsarbeit wäre es wichtig, sich noch deutlicher bewusst zu machen, wie der Prozess der Meinungsbildung abläuft, welche Auswirkung gruppenpsychologische Mechanismen haben, welche Rolle Emotionen und persönliche Erfahrungen in dem Prozess spielen. Nur so können wirksame Strategien entwickelt werden. Oben wurde gezeigt, inwiefern ein Vertrauensverlust der jungen Generation stattgefunden hat. Daher sollten Strategien entwickelt werden, die das Vertrauen in Gesellschaft, Politik und Medien wieder stärken. Transparenz, Selbstkritik, die Nutzung jugendaffiner Informationskanäle und deren positive Besetzung durch Präventionsakteur*innen und auch Wissensvermittlung über die Arbeitsweise von Journalist*innen wären dringend notwendig und können ein wichtiger Beitrag zur Präventionsarbeit sein. Politik, Medien und Parteien könnten viel tun, um wieder vertrauenswürdiger wahrgenommen zu werden. Weiterhin spielen Begegnungen eine fundamentale Rolle. Interkulturelle Begegnungen, die auf gegenseitigem Respekt basieren, können helfen, stereotype Denkmuster zu durchbrechen und die Akzeptanz gegenüber „Anderen“ zu fördern (Pettigrew & Tropp, 2008).

Auch Geschichten sind eine wirkmächtige Methode, um Informationen zu vermitteln und Meinungen zu beeinflussen. Die Narrative Persuasion Theory (Green & Brock, 2000) zeigt, inwiefern Geschichten das Potenzial haben, Verhalten oder Überzeugungen zu verändern. Warum? Geschichten sprechen Emotionen an, beziehen Zuhörer*innen aktiv in den Diskurs ein und erleichtern emotionale Identifikation.

¹ Debunking bezeichnet das Aufdecken und Widerlegen von Falschinformationen oder Verschwörungserzählungen durch faktenbasierte Argumente.

Gerade dann, wenn Vorbilder oder Influencer*innen mit Gegennarrativen arbeiten, die in den Kontext der Zielgruppe passen, sind diese besonders wirksam.

Debunking in der Präventionsarbeit funktioniert also am ehesten über Beziehung, Begegnung und weniger über Belehrung.

Zwischen Herausforderung und Chance

Die Verbreitung von Fake News und Verschwörungserzählungen, insbesondere in sozialen Medien, stellt eine erhebliche Herausforderung für die Präventionsarbeit dar. Sie beeinflusst Radikalisierungsprozesse, erschwert Deradikalisierung und untergräbt das Vertrauen in demokratische Institutionen. Feindbilder werden verstärkt und komplexe Themen vereinfacht. Dennoch wäre es falsch, die Verbreitung von Rechtsextremismus und Islamismus ausschließlich auf die sozialen Medien zurückzuführen. Vielmehr stellt sich die Frage: Warum sind entsprechende Narrative für manche junge Menschen so attraktiv?

Menschen wenden sich aus vielen Gründen radikalen Gesinnungen zu – weil sie auf Identitäts- und Sinnsuche sind, persönliche Krisen durchmachen oder Diskriminierung erfahren, weil ihr Umfeld Einfluss nimmt und vieles mehr.

Fake News und Verschwörungserzählungen müssen in diesem Gesamtkontext und in ebendieser Komplexität vor den jeweiligen individuellen Hintergründen verstanden werden. Damit Debunking wirksam ist, sollte man sich fragen, wie es am besten verpackt wird. Besonders wichtig wären dabei Peer-to-Peer-Ansätze, Beziehungs- und Begegnungsmöglichkeiten zu fördern, die Sprache junger Menschen zu verstehen und einen lebensweltlichen Bezug herzustellen. Die Sprache junger Menschen zu sprechen bedeutet in diesem Kontext auch, sie über ihre bevorzugten Medien zu erreichen – insbesondere die sozialen Medien. Es braucht glaubwürdige Identifikationsfiguren, die ein positives Influencing betreiben. Zudem sind mehr Bildungsangebote in jugendaffiner Sprache und Ästhetik auf Plattformen wie TikTok notwendig.

Das Problem ‚Fake News‘ ist gleichzeitig eine Chance, darüber nachzudenken, wie wir jugendliche Lebenswelten besser verstehen und junge Menschen besser erreichen können. Dabei geht es neben Medienkompetenz auch um die Vertrauensfrage. Denn alles Reden ist sinnlos, wenn das Vertrauen fehlt. ■

Dr. Sarah Pohl

leitet die seit 2020 bestehende vom Kultusministerium Baden-Württemberg geförderte Beratungsstelle ZEBRA/BW in Freiburg. Sie ist promovierte Erziehungswissenschaftlerin, systemische Paar- und Familienberaterin, Heilpraktikerin für Psychotherapie und Autorin zahlreicher Ratgeber zu Themen wie Außergewöhnliche Erfahrungen, Esoterik und Umgang mit Verschwörungstheorien.

Literatur

Asch, Solomon E. (1951). Effects of Group Pressure upon the Modification and Distortion of Judgment. In: Harold Steere Guetzkow (Hrsg.), *Groups, Leadership, and Men* (S. 177–190). Pittsburgh: Carnegie Press.

Amadeo Antonio Stiftung (2022). *Entschwörung mit Format*. Berlin und Leipzig: Amadeo Antonio Stiftung.

Bepanthen Kinderförderung (2023).

Vertrauensstudie. Die Sicht der Eltern im Spiegel ihrer Kinder. Universität Bielefeld. Abgerufen von: <https://www.bepanthen.de/sites/g/files/vrxlp36091/files/2023-08/Vertrauensstudie%20Elternperspektive.pdf> [01.07.2025].

Brauer, Markus (2025). Suche nach Sündenböcken. So funktionieren Verschwörungserzählungen. Stuttgarter Zeitung. Abgerufen von: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.suche-nach-suendenboecken-wie-funktionieren-verschwoerungstheorien.555edfec-f2fd-40bd-80f7-01e6d9a554db.html> [01.07.2025].

Butter, Michael (2020). Antisemitische Verschwörungserzählungen in Geschichte und Gegenwart. Abgerufen von: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/321665/antisemitische-verschwoerungstheorien-in-geschichte-und-gegenwart/> [01.07.2025].

Der Bundesrat (2021). EKR – Sündenböcke als Krisenphänomen. Medienmitteilung des Schweizer Bundesrates. Abgerufen von: <https://www.ad-min.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-82770.html> [01.07.2025].

Cialdini, Robert B. (2009). Influence: Science and practice. Boston: Pearson education.

Egenberger, Christopher (2015). Die Protokolle der Weisen von Zion. Abgerufen von: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/210333/die-protokolle-der-weisen-von-zion/> [01.07.2025].

Girard, René (1988). Der Sündenbock. Zürich: Benziger.

Green, Melanie C. & Brock, Timothy C. (2000). The role of transportation in the persuasiveness of public narratives. Journal of personality and social psychology, 79(5), 701–721.

Hasebrink, Uwe; Hölig, Sascha & Wunderlich, Leonie (2021).

UseTheNews: Studie zur Nachrichtenkompetenz Jugendlicher und junger Erwachsener in der digitalen Medienwelt. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut.

Herrmann, Sebastian (2019). Gefühlte Wahrheit: wie Emotionen unser Weltbild formen. Aufbau Digital.

Kastorff, Tamara; Müller, Maren; Selva, Clievin; Greiff, Samuel & Moser, Stephanie (2025). Fake News oder Fakten? Wie Jugendliche ihre digitale Informationskompetenz einschätzen und welche Rolle Schulen und Lehrkräfte dabei spielen: Erkenntnisse aus PISA 2022. Münster: Waxmann Verlag.

Meßmer, Anna-Katharina, Sängerslaub, Alexander & Schulz, Leonie (2021). „Quelle: Internet“. Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test. (Stiftung Neue Verantwortung). Abgerufen von: https://www.interface-eu.org/storage/archive/files/studie_quelleinternet.pdf [01.07.2025].

Nocun, Katharina (2020). Verschwörungsmymen: „Dahinter muss doch ein großer Plan stecken!“ Abgerufen von: <https://www.boell.de/de/2020/09/17/dahinter-muss-doch-ein-grosser-plan-stecken-verschwoerungsmymen-rund-um-corona> [01.07.2025].

Kolleck, Nina (2023). Stärkt die Demokratie in den Schulen! Junge Menschen vertrauen auch wegen Fake-News auf TikTok dem Staat nicht mehr. Sie müssen kritisches Denken lernen. Aus der ZEIT Nr. 47/2023. Abgerufen von: <https://www.zeit.de/2023/47/tiktok-verschwoerungstheorien-jugendliche-schule-bildung> [01.07.2025].

Otto, Katrin (2020). Freunde sind wichtiger als Influencer. Abgerufen von: <https://www.wuv.de/Archiv/Freunde-sind-wichtiger-als-Influencer> [01.07.2025].

Pettigrew, Thomas Fraser & Tropp, Linda R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. Journal of personality and social psychology, 90(5), 751–783.

Pohl, Sarah & Wiedemann, Mirjam (2025). Abgetaucht, radikalisiert, verloren? Die Generation 50+ im Sog der Filterblasen. V&R Verlag.

PwC Deutschland (2017). Bevölkerungsbefragung: Social Bots und Fake News (Mai 2017). Abgerufen von: <https://www.pwc.de/de/technologie-medien-und-telekommunikation/social-bots-berichtsband.pdf> [01.07.2025].

SAFERINTERNET (2023). Jugendliche im Fake News Dilemma. Abgerufen von: <https://www.saferinternet.at/news-detail/jugendliche-im-fake-news-dilemma/> [01.07.2025].

Slovic, Paul; Finucane, Melissa L.; Peters, Ellen & MacGregor, Donald G. (2007). The affect heuristic. European journal of operational research, 177(3), 1333–1352.

Zick, Andreas; Küpper, Beate & Mokros, Nico (Hrsg.) (2023). Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Dietz: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Über uns



Über die BAG RelEx

Als Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx) fördern und unterstützen wir die bundesweite Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die sich für eine erfolgreiche und nachhaltige Prävention gegen religiös begründeten Extremismus engagieren. Die BAG RelEx ist anerkannter Träger der politischen Bildung und wurde im November 2016 auf die Initiative von 25 zivilgesellschaftlichen Trägern hin gegründet. Mit fast 40 Mitgliedsorganisationen aus dem ganzen Bundesgebiet stehen wir für die große Vielfalt an Ansätzen und Maßnahmen in der Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus und spiegeln die langjährigen Erfahrungen im Arbeitsbereich wider.

Wir verstehen uns als Plattform und Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Politik und Öffentlichkeit. Im Rahmen der BAG RelEx fördern wir die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen innerhalb des Themenfeldes des religiös begründeten Extremismus und stärken den Austausch mit Akteur*innen angrenzender Arbeits- und Phänomenbereiche sowie mit Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Durch verschiedene Formate möchten wir den fachlichen Austausch fördern, Ansätze und Methoden weiterentwickeln und damit das Engagement unserer Mitgliedsorganisationen stärken. Mit Angeboten für eine breitere (Fach-)Öffentlichkeit bieten wir die Möglichkeit, Einblicke in die aktuellen Debatten unseres Arbeitsfeldes zu erhalten. Damit wollen wir unter anderem das Bewusstsein für die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements gegen religiös begründeten Extremismus schärfen.

Wir sehen unseren Auftrag in der Verteidigung der Normen und Werte der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Grundgesetzes sowie der Demokratie. Ganz vorn stehen dabei die Achtung und der Schutz der Menschenwürde und der mit ihnen verbundenen Rechte sowie das Demokratieprinzip und die Rechtsstaatlichkeit. Die BAG RelEx ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig.

Anfang 2025 haben wir mit IFAK e. V., ufuq e. V. und modus|zad gGmbH *KN:IX connect / Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung* ins Leben gerufen.

KN:IX connect ist ein Verbund im Programmbereich Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur im Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Weitere Förderung erhalten wir durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Mit KN:IX connect knüpfen wir an die Arbeit des Kompetenznetzwerks „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX, 2020–2024) an und entwickeln diese weiter.

Weitere Informationen finden Sie auf **www.bag-relex.de**.

Über KN:IX connect



Anfang 2025 haben wir KN:IX connect | Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung zusammen mit IFAK e. V., modus|zad und ufuq.de ins Leben gerufen, um die Vernetzung, den Erfahrungstransfer und die fachliche Weiterentwicklung im Themenfeld Islamismusprävention voranzutreiben.

Mit KN:IX connect richten wir uns u. a. an Fachkräfte der Islamismusprävention und angrenzender Arbeitsfelder sowie an Multiplikator*innen und Fachkräfte aus Schule, Wissenschaft, Verwaltung und (Sicherheits-)Behörden sowie Landesdemokratiezentren und Partnerschaften für Demokratie. Darüber hinaus stehen wir Politik und Medien als Ansprechpartner*innen zur Verfügung.

Unsere Arbeit bei KN:IX connect hat vier Schwerpunkte:

- **Strukturentwicklung** – Aufbau und Stärkung einer bundesweiten zivilgesellschaftlichen Infrastruktur im Themenfeld „Islamistischer Extremismus“
- **Impulse und Transfer** – Aufbereitung und Dokumentation von aktuellen Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen
- **Qualitätsentwicklung** – Weiterentwicklung von Ansätzen und Methoden
- **Fachpolitische Interessenvertretung** – Vernetzung und Beratung relevanter Akteur*innen

Mit den Angeboten von KN:IX connect unterstützen wir unsere Zielgruppen mit Expertise, Fortbildungen sowie Arbeitshilfen und Materialien und entwickeln bestehende Präventionsansätze weiter. Wir führen z. B. ein fortlaufendes Monitoring islamistischer Szenen, insbesondere in digitalen Medien durch und dokumentieren die Ergebnisse. Außerdem greifen wir fachliche Debatten u. a. in Podcasts, Fachveranstaltungen und Publikationen auf und bieten regelmäßige Fachaustausche und Netzwerkaktivitäten mit Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung und (Sicherheits-)Behörden an.

KN:IX connect ist ein Verbund im Programmbe- reich Entwicklung einer bundeszentralen Infra- struktur im Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Weitere Förderung erhalten wir durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Mit KN:IX connect knüpfen wir an die Arbeit des Kompetenznetzwerks „Islamisti- scher Extremismus“ (KN:IX, 2020–2024) an und entwickeln diese weiter.

Weitere Informationen finden Sie auf www.kn-ix.de.

Impressum

**Herausgegeben von
Bundesarbeitsgemeinschaft
religiös begründeter
Extremismus e. V.**

Jamuna Oehlmann
(Geschäftsführung)
Oranienstraße 58
10969 Berlin
Tel: +49 (0)30 921 262 89
info@bag-relex.de
www.bag-relex.de

Redaktion

Ulrike Hoole, Frederik Braune

Lektorat

Dr. Philipp Teichfischer
<https://www.text-dr.de/>

Layout

Nestor GmbH
www.studionestor.de

Fotos

Cengiz Karahan
<https://www.kastudio.co>
Meike Kenn
<https://meikekenn.com>

Illustrationen

Titel: Nestor GmbH
S. 12: line draw – stock.adobe.com
S. 32: Andrii – stock.adobe.com
S. 40: astarte7893 – stock.adobe.com
S. 60: Jannatul – stock.adobe.com-

Druck

Kern GmbH
<https://www.kern.gmbh>

Stand

09.10.2025
© BAG RelEx

ISSN: 2628-7080

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ beziehungsweise des BAFzA oder der weiteren Fördergeber dar. Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Landeskoordinierungsstelle
Radikalisierungsprävention
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Die BAG RelEx wird im Rahmen von KN:IX connect gefördert



**KN:IX
connect**

Verbund
Islamismusprävention
und Demokratieförderung



bpb: Anerkannter
Bildungsträger

Wer macht was und wo?

Auf dieser Karte sind unsere Mitgliedsorganisationen und internationalen Kooperationspartnerschaften abgebildet. Viele der Träger haben mehrere Projekte in dem Themenfeld, weshalb hier primär die Träger aufgelistet sind. Weitere Informationen finden Sie auf den trägereigenen Websites oder auf unserer Website.

www.bag-relex.de



Weitere Infos zu
unseren Mitglieds-
organisationen
auf unserer
Website

